

Zeitung  
der Schweizerischen  
Friedensbewegung

# Unsere Welt

Unsere Welt  
Schweizerische Friedensbewegung  
Postfach 2113, 4001 Basel

38. Jahrgang  
Nr. 3 – 2015  
Solidaritätsbeitrag: Fr. 2.–

## Aus dem Inhalt

Schweiz-Griechenland: Solidarität im Bürgerkrieg	2
Hiroshima + Nagasaki: 70 Jahre Gehirnwäsche	3
Appell: Soldaten für den Frieden	4
Kuba: Als die Schweiz den USA noch die Stirne bot	5
Türkei: Rückkehr des «schmutzigen Krieges»	6
Europas extreme Rechte: Neinsager aller Länder...	7
Korea: 70 Jahre Trennung – 70 Jahre Krieg	8



«Stopt Merkel. Startet die Demokratie» fordert diese Demonstrantin an einer Solidaritätskundgebung mit Griechenland in Madrid.  
Foto Adolfo Lujan/flickr

## Griechenland

# Eine deutsche Tragödie

Die Tragödie hat als wesentliche Komponente die Schicksalhaftigkeit eines schrecklichen und unausweichlichen Ausgangs. Für Griechenland, in dem Aufsehen erregenden Fall der öffentlichen Verschuldung? Nein, nicht für Griechenland sondern für Deutschland, ein Land, dessen Führung dafür prädestiniert scheint am laufenden Band historische Katastrophen zu produzieren. Zwei Weltkriege im zwanzigsten Jahrhundert und jetzt, treu seiner düsteren Geschichte, eine Wirtschaftskatastrophe, die in Griechenland, als schwächstem Glied der Kette begann, von der aber niemand weiss wo sie endet.

Von Atilio Borón

Die Finanzminister der Regierungen der Eurozone erzwangen von Griechenland Mitte Juli seine bedingungslose Kapitulation im Wirtschaftskrieg und der laufenden Politik. Dem finnischen Finanzminister Alexander Stubb fiel die unehrenhafte Rolle zu, die Kapitulationsklauseln bekanntzugeben, die ihm von den deutschen Bankern vorgegeben worden waren und die ihre Mentoren mehr als ihre Opfer mit Schande bedeckt. Vor der Presse erklärte er, dass seine Kollegen übereingekommen seien, von Griechenland drei Massnahmenkomplexe zu fordern, die sofort anzuwenden seien: «Nummer eins, es muss die Gesetze bis zum 15. Juli durchsetzen. Nummer zwei: Harte Konditionen etwa bei Arbeitsreformen, Pensionen, Mehrwertsteuer und Steuern. Und Nummer drei: Ebenfalls ziemlich harte Massnahmen z.B. bei Privatisierungen und Privatisierungsfonds.»

Wenige Male in der Geschichte war ich Zeuge eines solch infamen Aktes wie diesem, bei dem eine Gruppe von Banditen in Anzug und Krawatte beschliesst ein unabhängiges Land in eine indigene Kolonie zu verwandeln: eine Kolonie der Troika (Europäische Kommission, Europäische Zentral-

bank und Internationaler Währungsfonds), die heute faktisch Europa regiert und dafür der europäischen Demokratie den Garaus gemacht hat.

### Pure Rachesucht

Für Wirtschafts-Nobelpreisträger Paul Krugman setzt diese dreiste Initiative, die sich durch die Wachhunde des neoliberalen Gedankenmodells inspirieren liess, das europäische Projekt schachmatt. Vom Gesichtspunkt der Wirtschaftspolitik aus ist die von den Euro Finanzministern ausgearbeitete Liste von Forderungen schlicht und einfach «verrückt». Sie geht weit über ein normales Programm der wirtschaftlichen Anpassung hinaus und versetzt dem Markt einen brutalen Schlag. Aber da ist noch etwas, das Krugman nicht entgeht: Diese bedingungslose Unterwerfung ist ein Akt «purer Rachesucht, der zur völligen Zerstörung der nationalen griechischen Souveränität führt, ohne jegliche Hoffnung auf Erleichterung oder Rettung». Im Grunde ist es ein Vorschlag, den keine Regierung Griechenlands (oder irgendeines anderen unabhängigen Landes) akzeptieren kann ohne in einen unverantwortlichen neokolonialen Status zurückzufallen. Ausserdem wird sich, wenn man das von Brüssel geschickte Re-

zept annimmt, die griechische Wirtschaft nicht verbessern. Wenn wir etwas wissen ist es das, dass man aus einer Krise, wie sie heute Griechenland heimsucht, nicht mit mehr Anpassung herausfindet. Es ist laut Krugmann «ein grotesker Verrat all dessen, für das das Projekt Europa seine Daseinsberechtigung hat».

Dem Beobachter dieses harten Verhandlungsprozesses zwischen Griechenland und einer unverantwortlichen und antidemokratischen Struktur transnationaler Macht – der zu trauriger Berühmtheit gelangten Troika – drängt sich der Eindruck auf, dass diese nicht enden wollende Folge von Druck und Bedingungen vor allem ein Ziel verfolgt: die demütigende Niederlage der griechischen Bestrebung, einen minimalen Grad der Kontrolle über ihr eigenes Schicksal als politische Gemeinschaft zurückzugewinnen. Was von ihm gefordert wird, ist eine Kapitulation auf ganzer Linie: Es genügt nicht allein der Sturz der Syriza Regierung, die die Kühnheit besass Widerstand zu leisten, auf die Demokratie zu setzen und die Bürger über den zu wählenden Weg aus der Krise entscheiden lassen wollte. Im Einklang mit der schlimmsten autoritären Tradition Deutschlands, die ihren höchsten und abscheulichsten Punkt in den unheilvollen Jahren des Nazismus hatte, aber die sich im Laufe der Geschichte auch bei unzähligen andern Gelegenheiten offenbarte, verfolgen Angela Merkel, ihre Kumpane in der Regierung und die Banker, denen sie dienen, die Verhängung einer demütigenden Kapitulation als präventive Warnung für alle

anderen europäischen Völker, die von Schulden ebenfalls betroffen sind.

Man strebt nicht nur die Niederlage von Syriza an, sondern möchte auch sicher gehen, dass die Schande und die Schmach der rebellischen Griechen unauslöschbare Spuren hinterlassen: Niemandem mehr soll es einfallen, die Befehle der Banker und der Politiker, die in ihrem Namen regieren, zu missachten. Insbesondere da es einige europäische Staaten gibt, bei denen das Gewicht der Auslandsschulden auf das Bruttoinlandsprodukt sich dem annähert, das zum Ausbruch der griechischen Krise geführt hat. Wenn unter den Griechen das Verhältnis 177% beträgt so ist es bei Italien und Portugal 130%, 110% in Irland und 106% in Belgien mit den Vereinigten Staaten irgendwo dazwischen. Das ist kein wishful thinking: Der Kapitalismus steht tatsächlich vor schwierigen Problemen.

### Es zählt nur noch die Rendite

Mit ihrem schändlichen Kommuniké werfen die europäischen Regierungen die demokratischen Illusionen und das Projekt eines definitiv versöhnten Europas über Bord, das nach einer blutigen Geschichte mit den Werten der Demokratie, der Gerechtigkeit und der Gleichheit, in einer Gemeinschaft unterschiedlicher aber solidarischer Nationen harmonisiert werden sollte – gemäss den Träumen eines Robert Schumann, dem Gründungsvater des Projekts, und politischer Führer wie Adenauer, de Gaulle und de Gasperi

### Herzlichen Dank!

Herzlichen Dank all jenen, die mit ihren kleinen und grossen Spenden die Herausgabe dieser Zeitung ermöglichen: Schweizerische Friedensbewegung SFB, 4001 Basel, PC 40-1627-7.

Besuchen Sie unsere Homepage [www.friedensbewegung.ch](http://www.friedensbewegung.ch) und informieren Sie sich im Shop über weitere Unterstützungsmöglichkeiten. Dort können Sie auch die beliebten Karten mit Picasso-Friedensmotiven bestellen.

und so vieler anderer mehr. Aber die Zeiten haben sich verändert. Was jetzt zählt, das einzige, was jetzt zählt, ist die Rendite des Finanzkapitals und seine unersättliche Gier. Wenn dazu Griechenland zerstört werden muss, dann sei es so. Deswegen spielt sich in Europa ein schändliches Schauspiel ab: Es fallen die Masken, die auf die grosse humanistische und emanzipatorische Tradition der Aufklärung hinweisen und deutlich wird der pharisäische Charakter der kehligen Rhetorik des «Europas der Völker und Nationen», wie es so oft von den Bürokraten in Brüssel beschworen wird.

An seiner Stelle erscheinen verachtenswerte Gesichter einer hemmungslosen Habsucht und eines grenzenlosen Geizes und eine Gruppe von

Fortsetzung Seite 2





## Griechenland-Solidarität hat Tradition

# Hilfe im Bürgerkrieg

*Solidarität mit Griechenland heisst ein schweizerischer Verein, der im Juni 2015 vornehmlich aus gewerkschaftlichen Kreisen gegründet worden ist und dem sich auch die Schweizerische Friedensbewegung SFB angeschlossen hat. Der Verein unter Präsidentin Rita Schiavi (Unia) bezweckt die Verbreitung von umfassenden Informationen über die Lage in Griechenland, die Solidarität mit den dortigen demokratischen Prozessen und Aktionen zur Linderung der humanitären Katastrophe in diesem Land.*

*Diese Solidarität hat in der Schweiz Tradition. Schon vor 67 Jahren wurde in Bern ein «Schweizerkomitee für die Hilfe an das demokratische Griechenland» gegründet. Die Leitungen von SPS und Gewerkschaften allerdings hielten sich damals fern: der Kalte Krieg hatte unser Land bereits erreicht.*

Von Martin Schwander

Nach dem Sieg über die nationalsozialistischen Besatzer wollten sich breite Kreise der griechischen Bevölkerung nicht damit abfinden, unter die alte monarchistische Herrschaft zurückzukehren. In den Städten regte sich der Widerstand der Arbeiterschaft und weite Teile des gebirgigen Hinterlandes standen unter der Kontrolle der nach wie vor starken Partisanen, die dort am 23. Dezember 1947 eine «Erste Provisorische Regierung des demokratischen Griechenlands» ausgerufen hatten. Als Reaktion auf das Vorrücken dieser Gegenregierung und ihrer «Demokratischen Armee Griechenlands» (DSE) unter Partisanen-General Markos und die Aktionen der Gewerkschaften verschärfte das monarchistische Regime die Unterdrückung der fortschrittlichen Kräfte: Tausende wurden deportiert, in Konzentrationslager verbracht und Hunderte von Aktivisten wurden exekutiert.

In der Schweiz riefen verschiedene Persönlichkeiten in einer gemeinsamen Erklärung «gegen den Terror in Griechenland» dazu auf, diese Verschärfung nicht einfach hinzunehmen. In dem u. a. von Alfred Rasser, Clara Ragaz, Hans Erni und den beiden sozialdemokratischen Politikern Regierungsrat Otto Kopp aus Liestal und Stadtrat Ernst Loepfe aus Winterthur verfassten Manifest hiess es:

«Im Mai 1945 ging der Krieg in Europa zu Ende. Aber das tapfere griechische Volk, das heldenhaft gegen die italienischen und deutschen Faschisten gekämpft hat, kam nicht zum Frieden.

*Fortsetzung von Seite 1*

ehrlösen Finanzministern und Staatschefs, für die Demokratie Fassade ist, die nur den Zweck erfüllt die Profiteure des grossen Kapitals zu garantieren. Dies alles zum Taktstock von Angela Merkel, die eines der wenigen Länder Europas regiert, in denen nie eine Volksrevolution erfolgreich war. Alle wurden mit Blut und Feuer niedergeschlagen. Und ausserdem ein Land, dem es immer wieder gelang, sich aus den Schulden zu schleichen und auch aus den Reparationszahlungen für die Kriegshandlungen gegen Drittländer. Wie Griechenland zum Beispiel, das noch immer darauf wartet, für die Zerstörungen und die unter der Nazi-Besatzung im Zweiten Weltkrieg erlittenen Gräueltaten entschädigt zu werden.

Deutschland ist es 1953 bei einer Konferenz der Westalliierten unter Führung der Vereinigten Staaten, Grossbritanniens und Frankreichs gelungen, dass man ihm 62,6% der Schulden erliess, die das damalige Westdeutschland seit Ende des Ersten Weltkriegs angesammelt hatte. Die Panik, die das Risiko einer möglichen Ansteckung mit dem «sowjetischen Virus» erzeugte, war so gross, dass sie in der Lage war die hartgefrorenen Herzen der Banker und Regierungen jener Länder zu erweichen und das gewährt zu bekommen, was man im Falle der inzwischen verschwundenen UdSSR nicht einmal entfernt in Erwägung gezogen hatte.

Wie während des Krieges gehen auch heute die Dörfer freiheitsliebender griechischer Bauern in Flammen auf. Seit den ersten Tagen des August 1947 mussten allein 120 Dörfer, die in den Bergen von Evritanien (Roumeli) liegen, infolge der Kriegshandlungen der Regierungstruppen von der Bevölkerung evakuiert werden. Die Zahl der Flüchtlinge und Obdachlosen ist auf 600 000 angestiegen. In der gleichen Zeit stieg die Zahl der Hinrichtungen von 400 auf 2 600. 2 500 Männer und Frauen wurden auf die öde Insel Ai-Strati verschleppt, wo sie ohne genügende Decken der Kälte ausgesetzt sind. Als Ort des Schreckens muss das Konzentrationslager von Yioura, eine verlassen Insel der Cycladen, bezeichnet werden, wo sich 7 500 politische Gefangene befinden.

(...) Infolge der Grausamkeiten, des ungenügenden Essens und der unvorstellbaren hygienischen Verhältnisse ist ihr Zustand furchtbar. Wir erachten es als unsere Pflicht, diese Tatsachen dem Schweizer Volk bekanntzugeben und gegen die Hitlermethoden der griechischen Regierung, die sie gegen politische Andersgesinnte anwendet, den energischen Protest einzulegen.

(...) Wir rufen die schweizerischen Hilfsorganisationen auf, den Opfern des Terrors in Griechenland, vor allem den unschuldig leidenden Frauen, Kindern, Greisen und Kranken Hilfe zu bringen und damit ihre Leiden, die durch den Winter noch vergrössert werden, zu lindern.»

### Konkrete Hilfsaktionen

Es waren insbesondere die eben erst gegründete Frauenkommission der Partei der Arbeit (PdA) und das Hilfs-

### Einzige Rettung: Schuldenschnitt

Deutschland beendete die Zahlung der Umschuldung ein halbes Jahrhundert später, im Oktober 2010 in völligem Stillschweigen und ohne sich wegen der «Enteignung» der Gläubiger zu sorgen, wie es das jetzt tut. Das steht in völligem Gegensatz zur Empörung, die geäussert wurde, als jetzt eine ähnliche Konfiskation von Schulden die Unversehrtheit des mit Zähnen und Klauen von der Troika verteidigten Privateigentums bedroht. Wie viele Historiker feststellten war viel wichtiger als der Marshall Plan die Annullierung von zwei Dritteln der deutschen Auslandsschulden. Das wäre auch das einzige, was Griechenland aus seiner Krise retten könnte. Das Problem ist, dass Berlin jetzt nicht bereit ist, die gleichen ethischen und politischen Prinzipien aufrechtzuerhalten, die ihm beim Ausgang des Zweiten Weltkriegs zugute kamen. Wie der finstere Shylock im Kaufmann von Venedig fordert es ein um das andere Mal mit teutonischer Sturheit sein Pfund Fleisch. Auch wenn davon das Leben Griechenlands abhängt. Eine Tragödie, wie wir zu Anfang sagten. Aber keine griechische sondern eine deutsche. Die Geschichte von Griechenland ist dagegen ein heroisches Epos.

*Atilio Borón ist Argentinischer Politologe, Buchautor und Unesco-Preisträger. Quelle und Übersetzung: Granma Internacional*

werk Centrale Sanitaire Suisse, deren Präsident Hans von Fischer den Aufruf ebenfalls unterzeichnet hatte, die den Appell mit konkreten Aktionen zu unterstützen begannen. Die PdA-Frauen richteten während einiger Monate in allen grösseren Ortschaften Sammelstellen ein, wo man gebrauchte Kleider, Decken, Schuhe usw. zuhanden der griechischen Antifaschisten abgeben konnte.

In ihren «Internen Mitteilungen» Nr. 4 (April – Mai 1948) empfahl die Frauenkommission ihren Mitgliedern, auch zerrissene Bettwäsche anzunehmen und daraus «Windeln, Taschentücher und Verbandsstoff» herzustellen. Eine Berner Genossin schrieb: «Im allgemeinen genügte es, dass ich den Frauen von der Not der griechischen Frauen und Mütter erzählte, die im Gebirge ihre Kinder gebären, ohne Wäsche und Decken, um sie einzuhüllen, dass sie mir ihre Kästen weit öffneten. Im allgemeinen gaben die Frauen, ohne zu fragen, für welche Griechen die Kleider bestimmt seien – wenn sie aber Einzelheiten wissen wollten, so waren sie immer erfreut, dass ihre Gaben den Demokraten zugute kommen sollten. Viele unter ihnen waren äusserst überrascht zu erfahren, dass es in Griechenland noch einen Faschismus gibt – und ich glaube, das beweist deutlich, dass unsere Aktion doppelt nützlich ist, wenn wir unsere Sammlung mit der Aufklärung der Leute verbinden.» Eine Vortrags-tournee der französischen Journalistin Simone Téry, die sich mit Publikationen über den spanischen Bürgerkrieg einen Namen gemacht hatte und eben erst von einem mehrmonatigen Aufenthalt bei den griechischen Partisanen zurückgekehrt war, musste hingegen abgesagt werden: die Rede-erlaubnis wurde Téry von der Bundesanwaltschaft verweigert.

Auch das Sammeln von Hilfsgütern sollte erschwert oder verunmöglicht werden, zumindest nach Meinung des Nachrichtendienstes der Zürcher Kantonspolizei: «Eine Bejahung dieses Gesuches würde Unterstützung der 5. Kolonne Griechenlands, Unterstützung der Henker der Westdemokratien und Vorschubleistung an die Landesverräter unseres eigenen Landes heissen, da diese hieraus ebenfalls Kapital zu schlagen versuchen würden», schrieb der ND in einer Stellungnahme mit Kopie an die Bundesanwaltschaft in Bern. Der dort zuständige Beamte kommentierte den kruden Satz in einer handschriftlichen Randbemerkung zwar mit «Zürütüsch» und die Sammlungen wurden toleriert, aber die Bundespolizei war nicht grundsätzlich anderer Meinung: Die in der Presse publizierten Sammelstellen wurden samt und sonders fichtiert.

Der Wind gegen die Griechenland-Solidarität in der Schweiz sollte noch deutlich an Kälte und Intensität gewinnen – im selben Masse, wie sich die USA mit schwerem Kriegsmaterial und Militärberatern an der Seite der Monarchisten engagierten, getreu der Truman-Doktrin, den Vormarsch der fortschrittlichen Kräfte in Europa mit allen Mitteln zu stoppen.

### Hellenist an vorderster Front

Mitte April 1948 formierte sich in Zürich ein erstes – ostschweizerisches – «Hilfskomitee für das demokratische Griechenland» unter dem Vorsitz des Winterthurer SP-Stadtrates Ernst Loepfe. Wie einige Monate zuvor die Pionierinnen aus der PdA stellte sich das Komitee die Aufgabe, «das Schweizer Volk eingehend über die wirklichen Zustände in Griechenland zu informieren» und die verschiedenen bestehenden Sammelaktionen (Geld, Kleider, Schuhe, Medikamente usw.) zu koordinieren und zu verstärken. Wenige Wochen später erfolgte in Bern die Gründung eines gesamtschweizerischen Komitees unter dem



Auch ihnen galt die Hilfe: Griechische Kinder im Krieg. Foto neoskosmos.com/Life

Ehrenpräsidium des weltbekannten Hellenisten aus Lausanne und nachmaligen ersten Präsidenten der Schweizerischen Friedensbewegung, Prof. André Bonnard.

In einem Manifest machte das «Schweizerkomitee für die Hilfe an das demokratische Griechenland» aus seinem politischen Herzen keine Mördergrube. So heisst es darin unter anderem: «Angesichts der Verletzung aller gemachten Versprechungen und der Missachtung der unterzeichneten Verträge haben sich die Männer und Frauen der griechischen Freiheitsbewegung erneut gezwungen gesehen, die Waffen zu ergreifen, um sowohl ihr Leben wie ihre Freiheitsrechte und die Unabhängigkeit ihres Landes zu verteidigen. Nachdem sie sich in die Berge gerettet und dem Befehl des Generals Markos, als dem Haupt der provisorischen demokratischen Regierung, unterstellt haben, kämpfen sie heute heroisch gegen eine Regierung, die Willkür und Schrecken verbreitet. Sie kämpfen für freie Wahlen, für den Abzug der fremden Besetzungstruppen, um endlich das Recht wiederzugewinnen, im eigenen Hause Herr zu sein. Der Kampf der freien griechischen Kräfte vereinigt alle Elemente des Volkes: Arbeiter, Bauern und Intellektuelle; sie alle wollen, dass Griechenland wieder den Griechen gehöre.

Darum unterstützt das Schweizer Komitee für die Hilfe an das demokratische Griechenland die gerechten Ansprüche des griechischen Volkes, das für seine Freiheit kämpft. Seine Aufgabe wird es sein, die schweizerische öffentliche Meinung aufzuklären, die Wahrheit bei uns zu verbreiten über das, was sich dort abspielt und ein Land dezimiert, mit dem uns freundschaftliche und kulturelle Bande verbinden, gegen die Gleichgültigkeit anzukämpfen und vor allem den demokratischen Griechen jede materielle und humanitäre Hilfe angedeihen zu lassen, die unsere Bewegung in der Lage ist, durch Anspannung ihrer Kräfte aufzubringen.»

Keine Freude an dem Komitee hatte das Schweizerische Arbeiter-Hilfswerk. Nicht nur zweifelte es die Möglichkeiten des neuen Hilfswerkes an, seine Sendungen bis in die Partisanengebiete zu bringen, sondern störte sich auch an seiner klaren politischen Positionierung zugunsten des «demokratischen Griechenlands». In einem Brief an sämtliche politischen, gewerkschaftlichen, kulturellen und sportlichen Organisationen der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung schrieb das SAH zur grossen Freude der bürgerlichen Presse, das Komitee müsse «als rein kommunistische Angelegenheit» betrachtet werden. Um so bedauerlicher sei es, «dass sich wieder einige wenige sozialdemokratische Genossen in die Angelegenheit haben einspannen lassen. Das SAH lehnt es ab, sich als Vorspann für diese neue kommunistische Propaganda-Angelegenheit missbrauchen zu lassen und damit unsere Genossen und die Gewerkschafter zu täuschen. ...

Aus den angegebenen Gründen bitten wir die Partei- und Gewerkschaftspresse, sich der Propaganda für das neue Komitee nicht zur Verfügung zu stellen. Die Gewerkschaftsverbände und Parteisektionen bitten wir, sich von der neuen Aktion fernzuhalten.»

Die Reaktion der SPS liess nicht lange auf sich warten. Am 6. Juni 1948 konnte das Berner Tagblatt vermerken: «Die Geschäftsleitung der sozialdemokratischen Partei der Schweiz hat vor einer Woche die Beteiligung am (kommunistischen) Komitee für das demokratische Griechenland als unvereinbar mit der Zugehörigkeit zur sozialdemokratischen Partei erklärt. Stadtrat Ernst Loepfe (Winterthur) hat daher seinen Rücktritt als Mitglied dieses Komitees bekannt gegeben. In einer ausführlichen Erklärung betont Loepfe, dass er sich der Parteidisziplin füge, obwohl er den Beschluss der Geschäftsleitung der Partei für ungerechtfertigt halte.»

### Müssige Polemik

Nicht vom Komitee zu distanzieren mochte sich die «Centrale Sanitaire Suisse» (CSS), die sich seit Oktober 1947 intensiv mit der Unterstützung griechischer Deportierter auf den Inseln des Ägäischen Meeres befasste. Die CSS unterhalte keine politischen Beziehungen, erklärte sie gegenüber der Presse, und ihr einziger Wunsch hinsichtlich Griechenlands bestehe darin, «dem griechischen Volk die wirksamste Hilfe zu bringen. Sie ist zudem überzeugt, dass das Leben von Tausenden und Abertausenden von Menschen mehr wert ist als eine unfruchtbare und müssige Polemik.»

Das Schweizerkomitee für die Hilfe an das demokratische Griechenland blieb so lange aktiv, wie sich die Gegenregierung halten konnte. Im Oktober 1949 wurde das nach dem Bruch zwischen Tito und der Kominform weitgehend isolierte Partisanenheer mit Hilfe der USA durch die Truppen der Zentralregierung aufgegeben und die Strukturen der demokratischen Herrschaft wieder zerschlagen. Einer, der sich dabei besonders hervortat, war Major Georgios Papadopoulos. 1967, inzwischen zum Oberst befördert, putschte er mit Hilfe des CIA erfolgreich gegen die Regierung von Georgios Papandreou...

*Zur Abfassung dieses Artikels wurden Akten des Bundesarchivs benutzt (Dossier E4320B#1981/141#81\*)*

### Brief an Sommaruga

Das hoch verschuldete Griechenland verfüge nicht über genügend Mittel, den Ansturm von Flüchtlingen alleine zu bewältigen, schreibt der Verein Solidarität mit Griechenland in einem Brief an Bundespräsidentin Sommaruga und bittet den Bundesrat, die griechische Regierung bei der Bewältigung dieser humanitären Krise aktiv zu unterstützen, sowohl finanziell wie mit Logistik und Know-how.



Hiroshima und Nagasaki: Die «barmherzige» Beendigung eines «Guten Krieges»

# Von der grossen Gehirnwäsche

Der US-amerikanische Historiker und Geschichtswissenschaftler an der Universität von Massachusetts, Christian G. Appy, untersucht im folgenden Artikel, warum es die US-amerikanische Öffentlichkeit immer wieder auszublenken vermag, dass ihre Führer das Atomzeitalter mit der Vernichtung zweier Städte und der Ermordung Hunderttausender wehrloser Zivilisten eingeleitet haben.

Von Christian G. Appy

«Verschwende niemals eine Minute auf Bedauern. Das ist Zeitverschwendung.» – Präsident Harry Truman

Hier stehen wir nun, 70 Jahre nach der atomaren Auslöschung von Hiroshima und Nagasaki, und ich frage mich, ob wir auch nur einen Schritt in Richtung moralischer Abrechnung mit unserem Status als einziges Land der Welt gekommen sind, das Atomwaffen benutzt hat, um menschliche Wesen abzuschlachten. Wird jemals ein amerikanischer Präsident sich formell dafür entschuldigen? Wird unser Land jemals den Abwurf von «Little Boy» und «Fat Man» bereuen, den beiden Bomben, die heisser als die Sonne brannten? Wird es damit fertig werden, wie diese sofort tausende Opfer verdampften, zehntausende weitere in Brand setzten, und unvorstellbar gewaltige Schockwellen und Feuerstürme hervorriefen, die alles im Umkreis von Meilen verwüsteten? Wird es letztendlich mit dem «schwarzen Regen» zurechtkommen, der die Strahlung verbreitete und noch mehr Menschen tötete – langsam und schmerzhaft – was insgesamt zu einer Anzahl von konservativ geschätzten 250 000 Toten in den beiden Städten führte.

Ausgehend von den letzten sieben Jahrzehnten der ständigen Militarisierung und atomaren «Modernisierung» in diesem Land mag die Antwort wie ein offenkundiges Nein erscheinen. Dennoch habe ich als Historiker versucht, ein bisschen tiefer in unseren Mangel an nationaler Reue zu graben. Dabei kam mir immer wieder ein merkwürdiges Stück Amerika in den Sinn, ein Satz aus dem populären Rührstück Love Story aus dem Jahr 1970: «Liebe heisst», sagt die Hauptdarstellerin, als sich ihr Freund zu entschuldigen beginnt, «dass du niemals sagen musst, es tut dir leid.» Das muss wohl eine der dümmsten Definitionen sein, die sich jemals im amerikanischen Gedächtnis festgesetzt hat, nachdem die wirkliche Liebe oft die Stärke erfordert, sich zu entschuldigen und Wiedergutmachung zu leisten.

Sie trifft jedoch bemerkenswert gut auf die Art und Weise, in der viele Amerikaner diese breitere Form der Liebe sehen, die wir Patriotismus nennen. Mit seltenen Ausnahmen, wie dem 1988 vom Kongress beschlossenen Gesetz, das sich bei den japanisch-amerikanischen Opfern der Internierung im Zweiten Weltkrieg entschuldigt und diese entschädigt hat, hat wahrer Patriotismus, wenn es zu brutaler Machtanwendung kommt, vor allem bedeutet, dass man nie sagen muss, dass es einem leid tut. Genau dieselben Politiker, die andere Länder kritisieren, weil sie nicht ständig ihre Fehler eingestehen, betonen, dass wir uns für nichts entschuldigen sollten. Als zum Beispiel 1988 die Marine der Vereinigten Staaten von Amerika über dem Persischen Golf ein iranisches ziviles Passagierflugzeug abschoß, wodurch alle 290 Insassen (darunter 66 Kinder) getötet wurden, verkündete Vizepräsident George H.W. Bush, der sich damals um das Präsidentenamt bewarb: «Ich werde mich nie für die Vereinigten Staaten von Amerika entschuldigen. Niemals. Ganz egal, worum es geht.»

Es stellt sich allerdings heraus, dass Bushs Version amerikanischer Reuelosigkeit noch nicht reicht. Immerhin legen die Amerikaner Wert darauf, ihr

Land als friedliebend zu betrachten, obwohl es sich seit 1941 ständig im Krieg befindet. Das heisst, dass sie mehr brauchen als Verleugnungen und Nicht-Entschuldigungen. Sie brauchen überzeugende Geschichten und Erklärungen (wenn auch voller Verdrehungen und Auslassungen). Die Sage, die entwickelt wurde, um die Bombardierungen zu rechtfertigen, die in eine Welt führten, in der die Drohung der Ausrottung der Menschheit zur täglichen Realität wurde, ist vielleicht die erfolgreichste Rechtfertigungsgeschichte in unserer Geschichte. Nach siebzig Jahren liegt sie noch immer tief eingebettet



Der Pilz der die Menschheit bedroht.

im öffentlichen Gedächtnis und in den Schulbüchern, ungeachtet eines ständig anwachsenden Stapels von Beweisen, die dagegen sprechen. Vielleicht ist es an der Zeit, nach so vielen Jahrzehnten des Zeitalters der apokalyptischen Gefahr die amerikanische Apologie für Atomwaffen unter die Lupe zu nehmen – die Argumente zu deren Verteidigung – die gewährleistet haben, dass wir niemals hätten sagen müssen, dass es uns leid tut.

## Die Hiroshima-Apologie

Am 9. August 1945 hielt Präsident Harry Truman eine Rundfunkansprache aus dem Weissen Haus. «Die Welt wird zur Kenntnis nehmen, dass die erste Atombombe auf Hiroshima abgeworfen wurde, eine Militärbasis. Das deshalb, weil wir bei diesem ersten Angriff soweit wie möglich die Tötung von Zivilisten vermeiden wollten.» Er erwähnte nicht, dass bereits eine zweite Atombombe auf Nagasaki abgeworfen worden war.

Truman war natürlich klar, dass wenn Hiroshima eine «Militärbasis» war, Seattle ebenfalls eine war; dass die weit überwiegende Mehrheit ihrer Bewohner Zivilisten waren, und dass vielleicht 100 000 von ihnen schon getötet worden waren. Er wusste in Wirklichkeit, dass Hiroshima nicht wegen seiner militärischen Bedeutung ausgewählt worden war, sondern weil es eine aus nur mehr einer Handvoll japanischer Städte war, die noch nicht mit Brandbomben verwüstet war. Die USA wollten die ersten Atombomben dazu benutzen, maximalen Terror und Zerstörung zu erreichen. Sie wollten auch die Stärke ihrer neuen Waffe messen und selektierten daher die «jungfräulichen Ziele» Hiroshima und Nagasaki. Im Juli 1945 informierte Kriegsminister Henry Stimson Truman über seine Befürchtung, dass nach all der Verwüstung japanischer Städte durch Brandbomben kein Ziel mehr übrig sein könnte, an dem die Atombombe in vollem Ausmass «ihre Stärke zeigen» kann. Laut Stim-

sons Tagebuch «lachte Truman und sagte, dass er verstünde.»

Der Präsident verwarf bald seine «Militärbasis»-Rechtfertigung. Trotz Washingtons Bemühungen, die drastischsten Bilder der atomaren Vernichtung zu zensieren, die aus Hiroshima kamen, erkannte die Welt schnell, dass die Vereinigten Staaten von Amerika eine ganze Stadt mit einem Schlag und mit massiven Verlusten an Leben zerstört hatten. Der Präsident konzentrierte sich daher stattdessen auf eine Apologie, die zumindest für die nächsten sieben Jahrzehnte halten würde. Ihre Kernelemente kamen in derselben Ansprache am 9. August zur Sprache. «Wir haben die Atombombe gegen die eingesetzt, die uns ohne Vorwarnung in Pearl Harbor angegriffen haben», sagte er, «gegen die, welche amerikanische Kriegsgefangene verhungern

wurde, infolge eines erbarmungslosen Kleinkriegs enorme Verluste auf beiden Seiten verursacht hätte. Die tödlichste Waffe in der Geschichte, die den Pfad zum zukünftigen Armageddon eröffnete, hat daher Leben gerettet. So ging kurz gefasst das Mantra, das die breiteste und anhaltendste Unterstützung für die Einführung atomarer Kriegsführung herbeiführte. Als Truman, bereits in Pension, 1955 seine Memoiren herausgab, war er bereit, mit einiger Genauigkeit zu behaupten, dass eine Invasion Japans eine halbe Million Amerikaner und mindestens ebenso viele Japaner getötet hätte.

Im Lauf der Jahre wurde die ständig steigende Anzahl der Leben, die diese beiden Atombomben «gerettet» haben, zu einer Art geheiligter Numerologie. Als 1991 Präsident George H.W. Bush Truman für dessen «harte, berechnende Entscheidung» pries, behauptete er, dass diese Bomben «Millionen von amerikanischen Leben gerettet» haben. Zu diesem Zeitpunkt war aus einem atomaren Massaker schon lange ein Gnadentod geworden, der viel grössere Leiden und Schlächtereien verhindert hat.

Truman ging in sein Grab, wobei er betonte, er habe nie das leiseste Bedauern oder auch nur einen Moment des Zweifels über seine Entscheidung verspürt. In den entscheidenden Wochen vor dem 6. August 1945 ergibt sich aus den Aufzeichnungen mit Sicherheit kein Beweis, dass er ernsthaft eine Alternative überlegt hätte.

## Schüchterne Kritik

Vor zwanzig Jahren plante das Smithsonian National Air and Space Museum eine anspruchsvolle Ausstellung, um den 50. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkriegs zu markieren. In ihrem Mittelpunkt sollte ein aussergewöhnliches Artefakt stehen – der Rumpf der Enola Gay, der B-29 Superfortress, die für den Abwurf der Atombombe auf Hiroshima benutzt wurde. Aber die Kuratoren und historischen Berater wollten mehr, als wieder eine weitere triumphale Feier amerikanischer Militärwissenschaft und -technologie zu veranstalten. Stattdessen versuchten sie, eine zum Denken anregende Präsentation der Entwicklung der Bombe, die Debatten über ihren Einsatz und ihre langfristigen Auswirkungen zusammenzustellen. Das Museum wollte einige Beweise miteinbeziehen, die die andauernde Behauptung in Frage stellten, dass sie einfach abgeworfen wurde, um den Krieg zu beenden und «Leben zu retten.»

Fürs erste hätten Besucher erfahren, dass einige von Amerikas bestbekanntesten militärischen Kommandeuren des Zweiten Weltkriegs gegen den Einsatz von Atomwaffen waren. In der Tat glaubten sechs von den sieben Fünfsterne-Generälen und Admiralen, dass es keinen Grund dafür gab, diese einzusetzen, dass die Japaner bereits besiegt waren, das auch wussten und sich wahrscheinlich ergeben hätten, ehe eine amerikanische Invasion hätte beginnen können. Einige, wie Admiral William Leahy und General Dwight Eisenhower, hatten auch moralische Bedenken gegen die Waffe. Leahy betrachtete den Abwurf von Atombomben auf Japan als «barbarisch» und als Verletzung «jeglicher christlichen Ethik, von der ich je gehört habe, sowie aller bekannten Gesetze des Krieges.»

Truman setzte sich nicht ernsthaft mit Militärkommandanten auseinander, die gegen den Einsatz der Bombe waren. Er befragte allerdings eine Gruppe von militärischen Experten, von denen er eine Schätzung darüber haben wollte, wieviele Amerika-

ner getötet werden könnten, falls die Vereinigten Staaten von Amerika die beiden geplanten Invasionen der japanischen Hauptinseln durchführten, die für den 1. November 1945 und 1. März 1946 angesetzt waren. Ihre Zahl: 40 000 – weit unter der halben Million, von der er nach dem Krieg redete. Sogar diese Schätzung basierte auf der dubiosen Annahme, dass Japan weiterhin seine Soldaten ernähren, mit Treibstoff versorgen und bewaffnen könne, wo doch die Vereinigten Staaten von Amerika Meer und Luftraum nahezu vollständig kontrollierten.

Das Smithsonian plante auch, seine Besucher darüber zu informieren, dass einige der wichtigsten Präsidentenberater Truman drängten, seine Forderung nach «bedingungsloser Kapitulation» fallen zu lassen und Japan zu gestatten, den Kaiser auf seinem Thron zu behalten, eine Änderung bei den Friedensbedingungen, die zu einer nahezu sofortigen Kapitulation hätte führen können. Truman wies diesen Rat zurück, nur um nach den atomaren Angriffen die gleichen Bedingungen einzuräumen.

Denken Sie jedenfalls daran, dass ein Teil von Trumans Motivation für den Abwurf dieser Bomben nicht die besiegten Japaner, sondern die aufstrebende Sowjetunion betraf. Nachdem die UdSSR versprochen hatte, am 8. August in den Krieg gegen Japan einzutreten (was sie dann tat), hatte Truman Bedenken, dass auch nur kurz verlängerte Kampfhandlungen den Sowjets erlauben könnten, einen grösseren Anteil in Ostasien zu beanspruchen. Er und Aussenminister James Byrnes glaubten, dass eine drastische Demonstration der Stärke der neuen Bombe, die damals nur im Besitz der Vereinigten Staaten von Amerika war, die kommunistische Macht in Europa besser «handhabbar» machte. Die Ausstellung im Smithsonian hätte nahegelegt, dass Planung und Inszenierung des Kalten Kriegs in den letzten Momenten des Zweiten Weltkriegs begannen und dass ein Erbe von Hiroshima das massive atomare Wettrüsten in den kommenden Jahrzehnten war.

## Ausstellung zensuriert

Zusätzlich zur Ausstellung von amerikanischen Artefakten wie der Enola Gay wollten die Kuratoren des Smithsonian einige herzerweichenden Objekte aus der atomaren Zerstörung Hiroshimas zeigen, darunter die verbrannte Jausenschachtel eines Schulumädchens, das Zifferblatt einer Uhr, die im Moment der Explosion stehen geblieben war, einen geschmolzenen Rosenkranz und Fotoaufnahmen von Toten und Sterbenden. Es wäre schwer gewesen, diese Dinge neben dem riesigen Rumpf zu sehen, ohne einige Sympathie für die Opfer der Explosion zu empfinden.

Nichts davon geschah. Die Ausstellung wurde nach einem Sturm des Protests gestrichen. Als die Luftwaffenvereinigung eine Kopie des ursprünglichen Skripts an die Medien weitergab, prangerten Kritiker das Smithsonian wegen dessen «politisch korrekter» und «anti-amerikanischer» «Revision» der Geschichte an. Die Ausstellung, so behaupteten sie, wäre eine Beleidigung für amerikanische Veteranen und grundlegend unpatriotisch. Obwohl die Konservativen die Kampagne anführten, beschloss der Senat einstimmig eine Resolution, die das Smithsonian als «revisionistisch und anstössig» verurteilte, und die eine ordentliche Aufführung der offiziellen Apologie enthielt: «Die Rolle der Enola Gay ... war bedeutsam, um den Zweiten Weltkrieg zu einem gnädigen Ende zu bringen, was die Rettung von Leben von Amerikanern und Japanern zur Folge hatte.»

Gnädig? Bedenken Sie nur das: die Zahl der Zivilisten, die allein in Hiro-

Fortsetzung Seite 4



**US-Rechtfertigung...**

Fortsetzung von Seite 3

shima und Nagasaki getötet worden sind, beträgt mehr als das Zweifache der Zahl von amerikanischen Soldaten, die im Verlauf des gesamten Pazifischen Kriegs getötet worden sind.

Letztendlich zeigte das Smithsonian wenig mehr als die Enola Gay selbst, ein schimmerndes Relikt des amerikanischen Sieges im «Guten Krieg.»

**Ungebrochener Glaube**

In den zwei Jahrzehnten, die seither vergangen sind, sind wir einer genuinen öffentlichen Untersuchung des einzigen atomaren Angriffs in der Geschichte nicht näher gekommen, oder haben irgendeine grössere Schuld daran gefunden, wie wir das, was Studs Terkel berühmterweise «den Guten Krieg» nannte, betrieben haben. Er benutzte diesen Begriff als Titel für seine klassische Oral History des Zweiten Weltkriegs 1984, wobei er diese Anführungszeichen ganz bewusst einfügte, um die Ironie eines solchen Denkens über einen Krieg aufzuzeigen, in dem geschätzte 60 Millionen Menschen ums Leben kamen. In den Jahren seither wurde der Begriff zu einem amerikanischen Klischee, aber die Anführungszeichen sind verschwunden, zusammen mit jeglichem Hinweis auf Zweifel betreffend unsere Motive und unser Verhalten in diesen Jahren.

Freilich, wenn es um das Beginnen eines Atomkriegs (wenn auch nicht um die Flächenbombardements mit Brandbomben, die 67 japanische Städte zerstört haben und die weitere fünf Tage lang weitergingen, nachdem «Fat Man» auf Nagasaki abgeworfen worden war) geht, dann gibt es einige Hinweise auf ein kritisches Bewusstsein in diesem Land. Umfragen neueren Datums zeigen zum Beispiel, dass «nur» mehr 56% der Amerikaner glauben, dass wir recht daran getan haben, Atomwaffen gegen Japan einzusetzen, ein paar Punkte weniger als in den 1990ern, während die Unterstützung bei Amerikanern unter 30 endlich unter 50% gesunken ist. Es dürfte Sie auch interessieren, dass kurz nach dem Zweiten Weltkrieg 85% der Amerikaner die Bombenabwürfe unterstützten.

Natürlich waren derartige pro-Bomben-Einstellungen 1945 kaum überraschend, besonders wenn man von der Erleichterung und Freude über das siegreiche Kriegsende und von der antijapanischen Einstellung zu diesem Zeitpunkt ausgeht. Viel überraschender ist, dass 1946 Millionen Amerikaner vertieft waren in John Herseys Bestseller *Hiroshima*, einen bewegenden Bericht von Ground Zero (Ort der Explosion), der die Auswirkungen der Atombombe durch die Erfahrungen von sechs japanischen

Überlebenden beleuchtet. Er begann mit diesen packenden Zeilen:

«Genau 15 Minuten nach acht Uhr morgens japanischer Zeit am 6. August 1945, in dem Augenblick, in dem die Atombombe über Hiroshima aufblitzte, hatte sich Miss Toshiko Sasaki, eine Angestellte in der Personalabteilung der Ostasiatischen Zinnbetriebe, gerade an ihren Platz im Büro der Firma gesetzt und drehte ihren Kopf, um mit dem Mädchen am nächsten Schreibtisch zu sprechen.»

*Hiroshima* bleibt ein bemerkenswertes Dokument aufgrund seiner unerschrockenen Schilderungen der Destruktivität der Bomben, und weil es Amerikas ehemaligen Feind mit solcher Würde und Humanität behandelt. «Das Kreuz an der Sache,» schloss Hersey, «ist ob totaler Krieg in seiner gegenwärtigen Form zu rechtfertigen ist, sogar wenn er einem gerechten Zweck dient. Führt er nicht zu materiellem und spirituellem Bösem, das weit über das hinaus geht, was an Gutem herauskommen könnte?»

Das ABC Radio Network hielt Herseys Buch für so wichtig, dass es vier Schauspieler anheuerte, um es zur Gänze im Rundfunk zu lesen, wodurch es eine noch grössere Zuhörerschaft erreichte. Können Sie sich eine grosse amerikanische Mediengesellschaft von heute vorstellen, die wichtige Sendezeit für eine Arbeit zur Verfügung stellt, die Empathie für die Opfer unserer Kriege im 21. Jahrhundert erzeugt? Oder fällt Ihnen ein populäres Buch aus letzter Zeit ein, das uns anstachelt, über das «materielle und spirituelle Böse» nachzudenken, das aus unserer Teilnahme am Zweiten Weltkrieg stammte? Ich wüsste keines.

In der Tat schwand einiges von Amerikas Triumphalismus in den ersten Jahren nach diesem Krieg dahin und wuchs Befürchtungen, wie Paul Boyer in seinem grossartigen Buch *By the Bomb's Early Light* (Im frühen Licht der Bombe) zeigte, dass die reine Existenz von Atomwaffen zu einer neuen Verletzlichkeit des Landes führen könnte. Immerhin könnte eines Tages eine andere Macht, möglicherweise die Sowjetunion, diese neue Form der Kriegsführung gegen deren Schöpfer einsetzen und eine amerikanische Apokalypse bewirken, die niemals als erlösend oder gnädig angesehen werden könnte.

**Bild zurechtgerückt**

In den Jahrzehnten nach dem Kalten Krieg sind diese Befürchtungen neuerdings zurückgegangen (gegen die Vernunft, da sogar ein südasiatischer atomarer gegenseitiger Angriff zwischen Pakistan und Indien den gesamten Planeten in eine Art nuklearer Winter stürzen könnte). Stattdessen wurde der «Gute Krieg» wieder einmal als eindeutig gerecht begrüsst.



Nehmen Sie zum Beispiel das neueste Buch über den Zweiten Weltkrieg, das gross herausgekommen ist, Laura Hillenbrands *Unbroken*: Eine Geschichte aus dem Zweiten Weltkrieg über Überleben, Ausdauer und Erlösung. 2010 herausgekommen, blieb es auf der Hardcover-Bestsellerliste der New York Times fast vier Jahre lang und hat Millionen von Ausgaben verkauft. Bezüglich Reichweite könnte es sogar Tom Brokaws Buch aus dem Jahr 1998 *The Greatest Generation* übertreffen. Eine Hollywood-Fassung von *Unbroken* erschien letzte Weihnachten.

Hillenbrands Buch gibt nicht vor, eine umfassende Geschichte des Zweiten Weltkriegs oder auch nur des Kriegs im Pazifik zu sein. Es erzählt die Geschichte von Louis Zamperini, einem jugendlichen Straftäter, der zum olympischen Läufer und dann zum B-24-Bombenflieger wurde. 1943 wurde sein Flugzeug über dem Pazifik abgeschossen. Er und der Pilot überlebten 47 Tage in einem Rettungsflöss Haifischattacken und Beschuss durch japanische Flieger und waren knapp am Verhungern. Endlich von den Japanern gefangengenommen, ertrug er eine Reihe von brutalen Kriegsgefangenenlagern, wo er zum Opfer gnadenloser sadistischer Schläge wurde.

Das Buch ist bestimmt spannend, aber sein Fokus auf den Leidensweg und die erstaunliche Erholung eines einzelnen Amerikaners verhindert nahezu jeden Impuls, sich jenseits der Plattitüden von nationalistischem Triumphalismus und Versenkung in sich selbst zu begeben oder unter anderem den Rassismus zu bedenken, der amerikanische Kampfhandlungen im Pazifik so sehr formte. Das ist zumindest der Eindruck, den man bekommt, wenn man einige der erstaunlichen 25 000 Kundenrezensionen durchliest, die *Unbroken* auf Amazon bekommen hat. «Mein Respekt für Veteranen des Zweiten Weltkriegs ist sehr stark gestiegen,» schreibt ein typischer Rezensent. «Danke Laura Hillenbrand für deine Liebe für unsere Männer im Krieg,» schreibt ein anderer. Es ist «schwer, über die Unmenschlichkeit der Behandlung der mutigen Männer zu lesen, die unserem Land dienen.» Und so weiter.

*Unbroken* widmet eineinhalb Seiten den Atombomben von Hiroshima, alles aus dem Blickwinkel der amerikanischen Besatzung der Enola Gay. Hillenbrand erhebt Bedenken bezüglich der Sicherheit der Besatzung: «Niemand wusste genau, ob ... der Bomber weit genug fortkommen konnte, um das Kommando zu überleben.» Sie beschreibt die Macht der Schockwellen nicht auf dem Boden, sondern in 30 000 Fuss Höhe, als sie die Enola Gay trafen und «die Männer in die Luft stiessen.»

Die Filmversion von *Unbroken* erweckt sogar noch weniger Empathie für die japanische Erfahrung des atomaren Kriegs, was mich daran erinnert, was ein Student im vergangenen

Frühjahr in meinem Absolventenseminar sagte. Er unterrichtet Sozialwissenschaft an einer High School, und als er mit Kollegen über die Bücher über Hiroshima sprach, mit denen wir uns beschäftigten, reagierten drei von ihnen mit einer Variante des Folgenden: «Wissen Sie, ich pflegte zu denken, dass wir falsch daran getan haben, Atombomben gegen Japan einzusetzen, aber seit ich *Unbroken* sah begann ich zu denken, dass das notwendig war.» Das bedeutet, dass wir uns immer noch auf dem Gelände befinden, das von Truman in dieser Rede vor sieben Jahrzehnten erstmals gepflügt worden ist.

Am Ende des Films erscheint dieser Text auf der Leinwand: «Motiviert durch seinen Glauben erkannte Louis, dass der Weg nach vorne nicht Rache, sondern Vergebung ist. Er kehrte zurück nach Japan, wo er seine damaligen Wächter fand und Frieden mit ihnen schloss.»

Das ist in der Tat berührend. Viele der Wachen des Gefangenenlagers

entschuldigten sich so gut sie nur konnten, und – vielleicht überraschender – Zamperini vergab ihnen. Es gibt allerdings keinerlei Hinweis, dass auch ein Bedarf an Entschuldigungen seitens Amerikas bestehen könnte, keine Andeutung, dass unsere willkürliche Zerstörung Japans, die gekrönt wurde durch die atomare Vernichtung von zwei Städten, das sein könnte, was Admiral Leahy als eine Verletzung «aller bekannten Gesetze des Krieges» bezeichnete.

Hier stehen wir also, 70 Jahre danach, und wir scheinen weiter als je zuvor von einer Zurückweisung der Idee entfernt zu sein, dass die Führung eines Atomkriegs gegen japanische zivile Bevölkerungen ein Akt der Barmherzigkeit war. Vielleicht wird irgendein zukünftiger amerikanischer Präsident sich endlich für unsere atomaren Angriffe entschuldigen, aber eines scheint sicher: kein japanischer Überlebender der Bomben wird mehr am Leben sein, um das zu hören.

Quelle: antikrieg.com

**Appell ehemaliger NVA-Angehöriger****Soldaten für den Frieden**

In einem bemerkenswerten Friedensappell haben sich – in der Tradition der «Generale für den Frieden» aus den achtziger Jahren – ehemalige Spitzenoffiziere der Nationalen Volksarmee der DDR gegen das «Spiel mit dem Krieg» gewandt, das gegenwärtig in Europa wieder geschürt werde.

In dem u. a. vom ehemaligen DDR-Verteidigungsminister Heinz Kessler und seinem Stellvertreter Fritz Strelitz unterzeichneten Schreiben heisst es:

«Es ist eine gesicherte Erfahrung, dass die brennenden Fragen unserer Zeit mit militärischen Mitteln nicht zu lösen sind. (...)

Jetzt konstatieren wir, dass der Krieg wieder zum ständigen Begleiter der Menschheit geworden ist. Die von den USA und ihren Verbündeten betriebene Neuordnung der Welt hat in den letzten Jahren zu Kriegen in Jugoslawien und Afghanistan, im Irak, Jemen und Sudan, in Libyen und Somalia geführt. Fast zwei Millionen Menschen wurden Opfer dieser Kriege, und Millionen sind auf der Flucht.

Nun hat das Kriegsgeschehen wiederum Europa erreicht. Offensichtlich zielt die Strategie der USA darauf ab, Russland als Konkurrenten auszuschalten und die Europäische Union zu schwächen. In den letzten Jahren ist die NATO immer näher an die Grenzen Russlands herangerückt. Mit dem Versuch, die Ukraine in die EU und in die NATO aufzunehmen, sollte der Cordon sanitaire von den baltischen Staaten bis zum Schwarzen Meer geschlossen werden, um Russland vom restlichen Europa zu isolieren. Nach amerikanischem Kalkül wäre dann auch eine deutsch-russische Verbindung erschwert oder verhindert.

Um die Öffentlichkeit in diesem Sinne zu beeinflussen, findet eine beispiellose Medienkampagne statt, in der unverbesserliche Politiker und korrupte Journalisten die Kriegstrollen rühren. (...)

Die forcierte Militarisierung Osteuropas ist kein Spiel mit dem Feuer – es ist ein Spiel mit dem Krieg!

Im Wissen um die zerstörerischen Kräfte moderner Kriege und in Wahrnehmung unserer Verantwortung als Staatsbürger sagen wir in aller Deutlichkeit: Hier beginnt bereits ein Verbrechen an der Menschheit.

Sind die vielen Toten des II. Weltkrieges, die riesigen Zerstörungen in ganz Europa, die Flüchtlingsströme und das unendliche Leid der Menschen schon wieder vergessen? Haben die jüngsten Kriege der USA und der NATO nicht bereits genug Elend gebracht und viele Menschenleben gefordert?

Begreift man nicht, was eine militärische Auseinandersetzung auf dem dichtbesiedelten europäischen Kontinent bedeuten würde?

Hunderte Kampfflugzeuge und bewaffnete Drohnen, bestückt mit Bomben und Raketen, Tausende Panzer und gepanzerte Fahrzeuge, Artilleriesysteme kämen zum Einsatz. In der Nord- und Ostsee, im Schwarzen Meer träfen modernste Kampfschiffe aufeinander und im Hintergrund ständen die Atomwaffen in Bereitschaft. Die Grenzen zwischen Front und Hinterland würden sich verwischen. Millionen Mütter und Kinder würden um ihre Männer, um ihre Väter und Brüder weinen. Millionen Opfer wären die Folge. Aus Europa würde eine zerstörte Wüstenlandschaft werden.

Darf es soweit kommen? Nein und nochmals Nein!

Ein solches Szenario müsse verhindert werden, schreiben die Dutzenden ehemaliger Offiziere der NVA. «Wir brauchen keine Kriegsrhetorik, sondern Friedenspolemik. Wir brauchen keine Auslandseinsätze der Bundeswehr und auch keine Armee der Europäischen Union. Wir brauchen nicht mehr Mittel für militärische Zwecke, sondern mehr Mittel für humanitäre und soziale Erfordernisse. Wir brauchen keine Kriegshetze gegen Russland, sondern mehr gegenseitiges Verständnis und ein friedliches Neben- und Miteinander. Wir brauchen keine militärische Abhängigkeit von den USA, sondern die Eigenverantwortung für den Frieden. Statt einer «Schnellen Eingreiftruppe der NATO» an den Ostgrenzen brauchen wir mehr Tourismus, Jugendaustausch und Friedenstreffen mit unseren östlichen Nachbarn.

Wir brauchen ein friedliches Deutschland in einem friedlichen Europa.

Mögen sich unsere Kinder, Enkel und Urenkel in diesem Sinne an unsere Generation erinnern.»

Quelle: www.isor-sozialverein.de, von der UW leicht gekürzt

**Talon zum Mitbewegen**

Name: \_\_\_\_\_ Vorname: \_\_\_\_\_

Strasse: \_\_\_\_\_ Mail (fak.): \_\_\_\_\_

PLZ: \_\_\_\_\_ Wohnort: \_\_\_\_\_

 Ich abonniere die UW (Abo-Preis: Mindestens Fr. 12.–/Jahr) Ich möchte Mitglied im Verein Schweizerische Friedensbewegung werden (jährl. Mitgliederbeitrag Fr. 20.– inkl. UW-Abo) Ich möchte ein Probeabonnement der UW Ich verteile die UW. Bitte stellen Sie mir gratis \_\_\_\_\_ Exemplare der aktuellen Ausgabe zu.

Datum: \_\_\_\_\_ Unterschrift: \_\_\_\_\_

Zutreffendes ankreuzen, ausschneiden und einsenden an: Schweizerische Friedensbewegung, Postfach 2113, 4001 Basel, sfb@bluwin.ch



Als die Schweiz den USA noch die Stirne bot

## Unerwünschter US-Botschafter

*Unerhörtes trug sich zu im Februar 1961: Die Schweiz liess den eben erst im Amt vereidigten neuen Präsidenten der USA, John F. Kennedy wissen, dass sie mit seiner Wahl des Botschafters für Bern nicht einverstanden sei. Ein Affront sondergleichen, weil das offizielle Gesuch um das «Agrément», die Zustimmung, bereits im Bundeshaus eingetroffen war. Ein Schneesturm und ein technischer Defekt in der Übermittlung hatten verhindert, die Angelegenheit rechtzeitig und diskret zu bereinigen.*

Von Martin Schwander

### Vorgeschichte I

In den USA ist es bis heute üblich, minder wichtige Botschafterposten mit Leuten zu besetzen, die den Präsidenten bei seiner Wahl finanziell tatkräftig unterstützt haben. So kaufte sich beispielsweise der Wäschereibesitzer Maxwell Gluck unter Präsident Eisenhower seinen Botschaftertitel im damaligen Ceylon für 36 000 Dollar, obwohl er im Senatshearing weder Hauptstadt noch Ministerpräsident des Landes zu benennen vermochte.

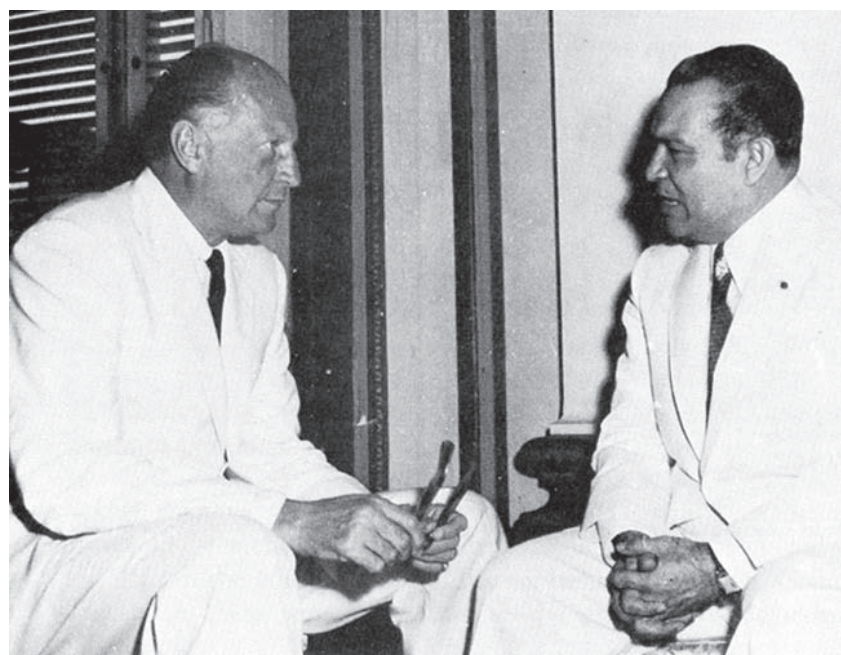
2 000 Dollar mehr hatte der New Yorker Broker und Millionär Earl T. E. Smith an die Eisenhower-Kampagne beigetragen. Dass ihn dies für den wesentlich wichtigeren Posten als US-Statthalter in Havanna qualifizieren würde, mochte das zuständige Senatskomitee nicht auf Anhieb schlucken. Zumal nicht in der heiklen politischen Situation: Fidel Castro hatte sich in den Bergen Kubas festgesetzt und mehr als blutige Repression konnte das Batista-Regime dem revolutionären Ansturm nicht entgegenzusetzen. Dass dem Republikaner und diplomatischen Vollamateure Smith trotzdem der Vorzug gegeben wurde, führte die US-Zeitung *The New Republic* auf eine besonders warme Unterstützungsrede zurück: gehalten ausgerechnet von einem Demokraten, dem jungen Abgeordneten aus Massachusetts, Senator John F. Kennedy.

«Während seines ein Jahr und sieben Monate dauernden Aufenthalts auf Kuba hat Smith wenig gezeigt, was die Lobrede des Senators aus Massachusetts gerechtfertigt hätte», schrieb *The New Republic*. «Es war eine Zeit, in welcher die Fähigkeiten sogar des Besten auf eine harte Probe gestellt worden wären – und Smith war nicht der Beste.» Zwar füllte er die Rolle als Statthalter aus. So gab er am 30. August 1960 vor einem Senatsausschuss zu Protokoll: «Bis zum Aufkommen Castros hatten die Vereinigten Staaten in Kuba einen so überwältigenden Einfluss, dass der amerikanische Botschafter der zweitmächtigste Mann in Kuba war, manchmal sogar mächtiger als der Präsident.» Doch gerade diese Nähe zu Batista identifizierte Smith nicht nur mit dessen Politik der Repression, sondern schliesslich auch mit seiner Niederlage: Knappe zehn Tage nach der Verjagung des Tyrannen durch das kubanische Volk musste auch sein Mentor gehen.

### Vorgeschichte II

Am 6. Oktober 1960 informierte der Schweizerische Botschafter in Havanna, Walter Bossi, das Eidgenössische Politische Departement in Bern, dass die amerikanische Regierung allen in Kuba wohnhaften amerikanischen Staatsangehörigen angeraten hätte, das Land unverzüglich zu verlassen. Diese Massnahme der USA würde nicht von allen «hiesigen Amerikanern uneingeschränkt begrüsst», es sei denn, so Bossi, «dass sie der Auftakt eines Abbruchs der diplomatischen Beziehungen zwischen den beiden früher so eng verbundenen Ländern, oder der Beginn einer schon längere Zeit gemunkelten totalen Wirtschaftsblockade der USA gegen Kuba, oder gar das Vorspiel eines direkten oder indirekten militärischen Eingreifens von Seiten der Vereinigten Staaten wäre.»

Dass sich sowohl die totale Wirtschaftsblockade wie auch die Invasion in der Schweinebucht, die zwei respektive ein Jahr später erfolgen sollten, damals bereits in der Planungsphase befunden hatten, weiss man heute. Und auch der Abbruch der diplomatischen Beziehungen wurde aktiv vorbereitet. «Das amerikanische Staatsdepartement sondierte bei unserem Geschäftsträger in Washington am 26. Oktober, ob die Schweiz u. U. bereit wäre, die amerikanischen Interessen in Kuba zu vertreten», schrieb das EDA in einem als «Geheim»



Der Statthalter und sein Diktator: US-Botschafter Smith (l.) und Batista. Foto Archiv

klassierten Antrag an den Bundesrat am 27. Oktober 1960. «Obwohl die Amerikaner nicht die Initiative dazu ergreifen wollen, müsse der Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen den beiden Staaten als eine Möglichkeit in Betracht gezogen werden.» Dem Antrag, dieses Mandat allenfalls zu übernehmen, stimmte der Bundesrat tags darauf zu und informierte Washington.

Tatsächlich erklärten die USA am 3. Januar 1961 die diplomatischen Beziehungen zu Kuba für beendet und nachdem Kuba der neuen Rolle der Schweiz als Schutzmacht der US-Interessen sein Einverständnis erteilt hatte, konnte Botschafter Bossi am 19. Januar 1961 die «rasch voranschreitende Einspielung des Dienstes für Fremde Interessen» nach Bern melden: «Die eigentliche Übernahme der mannigfaltigen Geschäfte vom amerikanischen Geschäftsträger ging trotz starkem Zeitdruck reibungslos vor sich, sodass die einige Tage später hier eintreffende schweizerische Equipe bereits einen einigermaßen organisierten Dienst vorfand, während die herrlich gelegene, in vollem Betrieb stehende Residenz des USA-Botschafters eine willkommene Wohnstätte für die Beamten der Fremden Interessen darstellte.»

### Gefährdete Aufgabe

Kaum zwei Wochen später wurde diese «voranschreitende Einspielung» von den USA her wieder in Frage gestellt. Ende Januar 1961 war mit John F. Kennedy ein neuer Präsident in das Weisse Haus gezogen und schon bald wurde in der Washingtoner Gerüchteküche ruchbar, mit welchen Botschaftern der forsche Demokrat diverse Hauptstädte zu beschicken gedachte. Eine Position fiel dabei besonders auf: jene des Botschafters in Bern, für wel-

chen Posten Kennedy offenbar seinen direkten Nachbarn in Palm Beach und früheren Botschafter in Havanna Earl T. E. Smith erkoren hatte. «Nicht die beste Wahl», monierte James Reston in der *New York Times* am 8. Februar 1961. Die Bilanz von Smith als Botschafter in Havanna sei nicht bemerkenswert, «um es gelinde auszudrücken.»

Die Gerüchteküche alarmierte auch die Schweizer Botschaft in Washington. Dort war man nicht so sehr um die diplomatischen Fähigkeiten oder Mängel des Kandidaten besorgt, sondern dass Smith «der letzte amerikanische Botschafter bei Batista war und wenige Tage nach der Machtergreifung Castros abberufen wurde.» Es sei ungewöhnlich, schrieb Botschafter August Lindt in einem geheimen Kabel an den Bundesrat nach Bern, «dass ein Staat in das Land,

ten Zeitungen wies die *Voix Ouvrière* aber auch auf die besondere Kuba-Komponente hin und meint ironisch: «Man kann sich ausmalen, welchen Eindruck diese Nomination in Kuba erwecken und wie sehr sie die Mission unserer Diplomaten dort erleichtern wird.»

### Heftige Kontroverse

Die Kontroverse um die Nomination von Smith und ihre allfälligen Auswirkungen auf die Interessensvertretung durch die Schweiz in Havanna wurden von den US-Medien breit aufgegriffen. Die Schweiz hatte sich mit den USA inzwischen zwar auf ein 14tägiges Moratorium geeinigt, in der Hoffnung, die Angelegenheit kühle sich ab, doch die Kontroverse in den USA selbst liess diese Abkühlung nicht zu: «Die Pressekampagne in Amerika wird heftiger, wobei auch die Schweiz immer mehr in die Diskussion hineingezogen wird», beklagte sich Botschafter Lindt am 18. Februar in einem Kabel an seinen Chef, Bundesrat Max Petitpierre. So schrieb das *New York Journal-American*, bei welcher die Ehefrau von Earl Smith als Chefin des Moderessorts wirkte, am 17. Februar: «Die offensichtliche Abneigung der Schweiz, Smith als Botschafter Kennedys anzunehmen, ist ein erstaunlicher Affront. Indem sie dem Staatsdepartement Andeutungen macht, dass sie gegenüber der Wünschbarkeit einer amerikanischen Interessensvertretung in Bern durch Mister Smith Vorbehalte habe, gibt die Schweiz zu verstehen dass sie ihr Urteil für gesünder als jenes unseres Präsidenten hält. ... Neben heissem Geld» und Spionage besteht der hauptsächlich Export der Schweiz aus Uhren. Vielleicht sollte sich der Kongress einmal die Zölle für Uhren und Uhrenbestandteile etwas näher ansehen.» Das sei «übelstes Blackmail», meinte Botschafter Lindt dazu und forderte angesichts der Pressekampagne, den Zustand mit einem raschen Entschluss zu beendigen.

### Diplomatische Zwickmühle

Aber was beschliessen? Agrément erteilen oder verweigern? Nachdem die Frage der Nomination von Earl Smith in der ganzen Weltpresse erörtert worden sei, würde die Erteilung des Agrément als «Kapitulation des Schwachen vor dem Starken erscheinen, was unserm Ansehen schädlich wäre», gab Botschafter Lindt Bundesrat Petitpierre in einer klugen Analyse zu bedenken. «Der Präsident würde das Nachgeben als einen persönlichen Sieg betrachten, ohne dass dies aber seine Achtung für uns steigern würde.» Die Verweigerung des Agrément hingegen würde international «wahrscheinlich als ein mutiges Zeugnis schweizerischer Unabhängigkeit gewertet. Das gleiche lässt sich von der grossen amerikanischen Presse, von zahlreichen Mitgliedern des Senats und des Kongresses annehmen.» Der Präsident selbst, so die Einschätzung von Lindt, «könnte sich zwar im Augenblick erzürnen, würde uns die Sache aber nicht nachtragen.» Man könne zwar die Möglichkeit nicht ausschliessen, dass sich für die Schweiz Schwierigkeiten ergäben: «Nur Spekulationen sind möglich. Aber diese denkbaren Schwierigkeiten wiegen meiner Ansicht nach leichter als die Nachteile, welche sich aus der Erteilung des Agreement bezüglich höheren und ungleich wichtigeren allgemeinstaatlichen Interessen ergeben würden.»

JFK selbst erlöste den Bundesrat schliesslich aus dem Dilemma von Erteilung und Verweigerung: «Der Präsident hat mich heute um 3 Uhr 15 zu sich bestellt, um anzukündigen, dass er Smith zum Rückzug aufgefordert habe», kabela ein sichtlich erleichtertes Lindt am 22. Februar 1961 in französischer Sprache an Bundesrat Petitpierre. «In sehr ernstem Ton sag-

te er mir, er wäre nicht ehrlich, wenn er unsere Aufnahme einer Nomination, die der Präsident persönlich angeordnet habe und jemanden betreffe, den er als persönlichen Freund und als einen fähigen Mann erachte, als eine wenig freundliche Geste gegenüber seiner Person empfinde. Sich zurückziehen zu müssen würde seinem Freund Smith einen harten Schlag versetzen.»

Noch am selben Abend gab Earl Smith seinen «unwiderruflichen Verzicht» auf den Botschafterposten in Bern bekannt. Kennedy, so schrieb die *NZZ* am folgenden Tag, habe Smiths «Entscheidung» mit dem «Ausdruck lebhaften Bedauerns» angenommen. Earl Smith kehrte in die Privatwirtschaft zurück, schrieb ein Buch über den Sturz Batistas, in welchem er die «Schuld» am Sieg von Fidel Castro bei prokommunistischen Kräften im US-Aussenministerium ortete («*The Fourth Floor*», 1962) und wirkte von 1971 – 1977 als Bürgermeister seines Wohnortes Palm Beach.

### Pikanter Hintergrund

Earl Smith, so hiess es allenthalben als Erklärung für seine erstaunliche Nomination, sei eng befreundet gewesen mit John F. Kennedy, seinem Wohnnachbarn in Palm Beach. Noch mehr traf dies jedoch auf die dritte Frau des Millionärs zu, dem früheren Model und nachmaligen Chefin der Modebeilage im *Hearst-Organ* *The New York Journal-American*, Florence Pritchett. Kennedy und Pritchett trafen sich erstmals 1944 und waren lange Zeit unzertrennlich. Einer Heirat, so gaben Freunde zu Protokoll, sei nur im Wege gestanden, dass Florence Pritchett als geschiedene Frau vom katholischen Kennedy-Clan nicht akzeptiert worden wäre.

Die Freundschaft hielt an, als Pritchett Earl Smith heiratete und in dessen Haus in unmittelbarer Nachbarschaft von Kennedy zog. Es war denn auch Kennedy, der im Senat mit seiner engagierten Fürsprache dafür sorgte, dass Earl Smith 1957 einen Botschafterposten im nahen Havanna erhielt. Gemäss FBI-Akten unternahm Kennedy in der Zeit von 1957 – 1958 über ein Dutzend Reisen nach Kuba und wohnte jeweils in der Botschaftsresidenz.

Warum also nun Smith (und damit wohl auch seine Frau) in die Schweiz schicken und damit ausser Reichweite des Hausfreundes? «Es ist der Vater [von Kennedy], der das grösste Interesse an der Nomination Smith zu haben scheint», schrieb Botschafter Lindt am 18. Februar 1961 nach Bern. Dass Lindt über die heimliche Liaison zwischen Kennedy und Pritchett im Bilde war, lässt ein weiterer Abschnitt seines Kabels an Max Petitpierre vermuten: «Die Möglichkeit rückt näher, dass eine amerikanische Zeitung auch auf die besonderen Aspekte des Falles Smith zu sprechen kommt, worüber ich Sie in meinem persönlichen handschriftlichen Briefe von gestern informiert habe.»

So blieben die Familien Smith und Kennedy auch während der kurzen Präsidentschaft Kennedys Nachbarn in Palm Beach. «JFK hat den Geheimdienst immer wieder auszutricksen versucht, wenn er sich heimlich mit Frauen treffen wollte», schrieb John J. Johnson in einem Porträt über Florence Pritchett ([spartacus-educational.com/JFKsmithF.htm](http://spartacus-educational.com/JFKsmithF.htm)). «Er tat dies auch in Palm Beach, wo er kurzerhand über den Zaun sprang um mit Flo Smith schwimmen zu gehen.» Der vom Geheimdienst alarmierte Polizeichef von Palm Beach, Chief Homer Large, habe genau gewusst, wo er JFK suchen musste: «Nebenan, im Swimming Pool von Earl E.T. Smith. JFK und Flo waren allein und, wie sich Homer ausdrückte, nicht am kraulen...»

Quelle der diplomatischen Dokumente: Forschungsdienst dodis.ch



## Türkische Angriffe auf die PKK

## Rückkehr des «Schmutzigen Krieges»

In der Türkei scheinen die zaghaften demokratischen Fortschritte der vergangenen Dekade im Gefolge der massiven Militäroperation gegen die Kurden rasch zu erodieren.

Von Tomasz Koniecz

Die Türkei befindet sich auf Zeitreise. Das Land scheint in die finstere Epoche der 90er Jahre des 20. Jahrhunderts zurückzufallen, als Zehntausende von Menschen zu Opfern des «Schmutzigen Krieges» wurden, den der türkische Staatsapparat gegen die kurdische Unabhängigkeitsbewegung und die türkische Linke führte.

Auf ihrer Internetpräsenz erinnerte die *Die Zeit* im Juni 2009 an diesen mörderischen türkischen Staatsterror, dem nahezu ausschliesslich kurdische Zivilisten zum Opfer fielen:

*Ein Land, in dem die Armee Krieg gegen die eigene Bevölkerung führte. Ein Land, wo im «Kampf gegen den Terror» der kurdischen PKK-Guerilla Tausende Dörfer ausgelöscht, Zehntausende Menschen umgebracht wurden, fast unbemerkt von der Welt, die damals auf die serbischen Verbrechen in Bosnien schaute. Ein Land, in dem Schafhirten und Anwälte, Bauern und Menschenrechtler einfach verschwanden. Ein Land, in dem Felsspalten, Holzöfen und Brunnen voller Säure ordentliche Beerdigungen ersetzten. Hier in Südostanatolien, zwischen den Cudi-Bergen und den Ufern des Tigris, liegt diese Landschaft der Hinrichtungen, der Todesschächte, der unbeschränkten Gendarmenherrschaft.*

Die Armee des NATO-Staates Türkei konnte völlig unbehelligt von westlichen Menschenrechtswächtern eine Terrorkampagne entfachen, bei der Massenmorde und Massenvertreibungen ineinandergriffen, um hierdurch eine Fluchtwelle im Südosten des Bürgerkriegslandes zu entfachen. Durch die gezielte Entvölkerung dieser ländlichen Gebiete, die durch staatliche Killerkommandos wie JTEM betrieben wurde, sollte die kurdische Guerilla der Unterstützung seitens der Bevölkerung beraubt werden.

Mit einem Abstand von zehn Jahren kann somit sogar *Die Zeit* der Wahrheit auf die Spur kommen: Während die – westliche – Welt damit beschäftigt war, kosovarische Mafiosi der UCK als Freiheitskämpfer aufzubauen und den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen die Bundesrepublik Jugoslawien vorzubereiten, konnte die Türkei ihre Terrorkampagne gegen die Kurden ungehindert entfalten, wobei die PKK im Westen zu einer Terrororganisation gestempelt wurde.

Und wieder steigen Rauchsäulen über dem Südosten der Türkei auf. Diesmal legen türkische Militärs Feuer in den Wäldern der Region, um der Guerilla die Deckung zu nehmen, wie *Spiegel Online* in einer Reportage aus der umkämpften Stadt Cizre im Südosten der Türkei berichtete. Inzwischen ist Schusswaffengebrauch seitens der türkischen «Sicherheitskräfte» zur blutigen täglichen Routine geworden, wie «Einschusslöcher in den Wänden und zerstörte Mauern» bezeugten.

Auch die Praxis staatlicher Morde an kurdischen Zivilisten wurde von den türkischen Sicherheitskräften wieder aufgenommen:

*Ein Mann geht eine Strasse entlang. Plötzlich sackt er zusammen. Aus seiner Brust quillt Blut. Eine Kugel hat ihn in den Rücken getroffen und seinen Körper durchdrungen. Der Schütze, vermuten Männer, die herbeieilen, ist ein Polizist. (Spiegel Online)*

Die türkischen Polizeieinheiten postieren Scharfschützen in vielen, mehrheitlich von Kurden bewohnten Städten, die mitunter willkürlich das Feuer eröffnen. Allein in Cizre sind binnen eines halben Jahres acht Jugendliche von den Polizeikräften erschossen worden – zumeist bei Solidaritätsdemonstrationen für das nord-syrische Kobane (Massakerpolitik), die zu einem Symbol für den erfolgreichen antifaschistischen Widerstand gegen den Klerikalfaschismus des Islamischen Staates wurde. *Spiegel Online* berichtete von einer solchen extralegalen Hinrichtung durch türkische Polizisten, die den 17-jährigen Schüler Hasan Nerse auf offener Strasse erschossen:

*Er war vergangenen Mittwoch zu später Stunde mit drei Freunden unterwegs. Sie fuhren mit dem Auto, als Polizisten sie in der Stadt stoppten und zum Aussteigen auffordern. Die Freunde liefen weg, Hasan blieb stehen. Trotzdem eröffneten die Polizisten das Feuer und trafen ihn in beide Knie. Hasan fiel zu Boden, schrie vor Schmerzen. Die Polizisten legten ihm Handschellen an und fesselten seine Füsse. «Bist du Kurde oder Türke?», brüllte ihn ein Polizist an. «Kurde», antwortete Hasan. Der Polizist zückte seine Pistole und drückte ab. Eine Kugel traf Hasan in die Brust. Er verblutete.*

Dies ist beileibe kein Einzelfall. Kurdische Medien berichteten über drei tote Einwohner der Stadt Silopi, die bei einer Polizeirazzia ums Leben kamen. Zehn Menschen sollen bei den Polizeiübergriffen durch scharfe Munition verwundet worden sein. Mitunter wurden Fahrzeuge von der Polizei beschossen, die verwundete Bewohner in Krankenhäuser bringen wollten. Die «Sicherheitskräfte» haben mehrere Häuser in der Stadt in Brand gesetzt.

#### Human Rights Watch: Menschenrechte bedroht

Die exzessive Repressionswelle, die von dem kommissarisch regierenden islamistischen AKP-Kabinett und Staatschef Erdogan entfacht wurde, hat inzwischen selbst die US-NGO Human Rights Watch (HRW) zu einer kritischen Stellungnahme veranlasst. Hierin bezeichnete HRW die zunehmenden «Spannungen» als einen «gefährlichen Moment für die Menschenrechte in der Türkei».

Bei der landesweiten staatlichen Verhaftungswelle, die nach dem gegen kurdische und türkische Linke gerichteten Terroranschlag von Suruç initiiert wurde, seien laut HRW hauptsächlich kurdische und türkische Linke verhaftet worden. Eine «kleinere Anzahl» der Verhaftungen richtete sich gegen Sympathisanten des Islamischen Staates, so die NGO. Zudem weise der türkische Staat die Tradition

auf, mittels exzessiver Auslegung seiner Anti-Terror-Gesetze auch «friedliche kurdische Aktivisten festzunehmen und sie zu verfolgen, als wären die Mitglieder der verbotenen PKK».

Zudem kritisierte HRW die umfassende Medienblockade des türkischen Staates, die das Recht auf freie Meinungsäusserungen ausser Kraft setzte, wie auch die zahlreichen Demonstrationsverbote, die während der Verhaftungswelle gegen die Linke in der Türkei erlassen wurden. Das Massaker von Suruç nutzte der türkische Staatsapparat letztendlich dazu, um zu einem schweren Schlag gegen die türkische und kurdische Linke auszuholen (Schlag gegen die linke Opposition in der Türkei).

Die Militarisierung der Innenpolitik geht somit mit einer raschen Erosion bürgerlich-demokratischer Freiheiten einher, wie etwa an den im Netz kursierenden Videoaufnahmen von einer Massenverhaftung von Bauarbeitern aus der Grenzstadt Geve ersichtlich wird. Mittels der Eskalation soll die bedrohte Machtstellung des türkischen Präsidenten Erdogan gefestigt werden, dessen AKP-Partei bei den jüngsten Wahlen ihre absolute Mehrheit verloren hat. Die New York Times etwa sieht in dieser Kriegsstrategie der türkischen Islamisten einen

Versuch, ihre erodierende Machtstellung durch vorgezogene Neuwahlen zu festigen (inzwischen sind diese Neuwahlen festgelegt worden auf den 1. November 2015, die Red.).

#### Erdogans Lieblingspartner

Die Präsenz des extremistischen Islamismus in der Region stellt tatsächlich einen neuen Faktor dar, der in dieser Intensität während des «Schmutzigen Krieges» in den 90er Jahren nicht gegeben war. Die Islamisten der Al-Qaida und des Islamischen Staates verschaffen dem türkischen Staatsapparat die Möglichkeit, gemäss dem neoliberalen Zeitgeist eine Art des Outsourcing des antikurdischen Terrors zu betreiben.

Die Kooperation zwischen dem türkischen Staat und dem Islamischen Staat wurde schon vielfach thematisiert – und sie gilt als einer der entscheidenden Faktoren, der die militärischen Erfolge des extremistischen Islamismus in dieser Region erst ermöglichte. Mitunter sollen verwundete Extremisten des Islamischen Staates in türkischen Krankenhäusern medizinisch versorgt worden sein.

Inzwischen scheinen sich die Präferenzen der islamistischen AKP etwas gewandelt zu haben. Nachdem Ankara den USA einen Luftstützpunkt für die

Bombenkampagne gegen den Islamischen Staat in Syrien zur Verfügung stellte – und im Gegenzug offensichtlich von Washington grünes Licht für ihre Angriffe gegen die Kurden erhielt –, scheint der syrische Al-Qaida Ableger Al Nusra zum bevorzugten terroristischen Kooperationspartner Erdogans avanciert zu sein.

Die kurdischen Volksverteidigungseinheiten in Nordsyrien (YPG) berichteten am 8. August auf einer Pressekonzferenz über einen skandalösen Vorgang: Türkische Sicherheitskräfte sollen sechs verwundete YPG-Angehörige, die in der Türkei medizinisch versorgt werden sollten, nach Syrien abgeschoben – und den Islamisten der Al Nusra übergeben haben. Die verwundeten syrischen Kurden sollen Berichten zufolge bei der Erstürmung der Zentrale der türkischen Bildungsgewerkschaft in Ankara durch Polizeikräfte Ende Juli festgenommen worden sein, wo sie provisorisch behandelt wurden.

Ibrahim Ayhan, Abgeordneter der linken prokurdischen Partei HDP aus der Provinz Urfa, erklärte gegenüber kurdischen Medien, dass die verletzten syrischen Kurden eigentlich am Grenzübergang zum syrisch-kurdischen Kanton Afrin über die Grenze gebracht werden sollten: «Stattdessen wurden sie der Al-Nusra Front übergeben und somit in den sicheren Tod geschickt», so Ayhan.

(Quelle: telepolis, <http://www.heise.de/tp/artikel/45/45681/1.html>)



Solidaritätskundgebung mit der widerständischen Bevölkerung von Kobane in Bologna. Foto usilive.org

## Weltfriedensrat (WFR) zum Anschlag in der türkischen Grenzstadt Suruç ISIS als Werkzeug und Vorwand

Der Weltfriedensrat verurteilt das Massaker durch die ISIS in Suruç vom Montag den 20. Juli, welches 32 Menschenleben kostete und Hunderte verletzte. Opfer waren progressive und friedliebende türkische Jugendliche, welche ihren Plan zum Wiederaufbau der syrischen Stadt Kobane vorstellen wollten, die durch Angriffe der ISIS stark zerstört wurde.

Der Weltfriedensrat trauert mit den friedliebenden Menschen in der Türkei und verurteilt die reaktionäre, faschistische und terroristische Organisation ISIS. Aber auch die imperialistischen Mächte, namentlich die USA und EU, die gemeinsam mit den reaktionären Regimen des Mittleren Ostens, die Organisation durch Waffenlieferungen und mit Geld mit hervorgebracht und unterstützt haben. Tatsächlich dient ISIS am einen Tag noch den Imperialisten als Werkzeug gegen die Bevölkerung der Region, so geschehen in Syrien oder wird an einem anderen Tag von denselben Imperialisten als Vorwand benutzt, um Interventionen und Bombenanschläge zu legitimieren, wie in den kurdischen Regionen des Iraks und Syriens.

Derselbe Mechanismus gilt für die AKP-Regierung in der Türkei, die in Symbiose mit der ISIS lebt. Der Terroranschlag in Suruç ist das direkte Ergebnis der türkischen Politik der

Kriegstreiberei. ISIS ist zu einem destabilisierenden Faktor auch in der Türkei geworden.

Der Weltfriedensrat äussert seine tiefe Besorgnis über die nahe Zukunft der gesamten Region. Der Anschlag hat bestehende Spannungen innerhalb der Türkei intensiviert und den Konflikten in Syrien näher gebracht.

(Aus dem Englischen übersetzt und leicht gekürzt)

#### Kommentar:

*«Die ich rief, die Geister, werd ich nun nicht los» (Goethe, Der Zauberlehrling)*

Der Sprengstoffanschlag in der mehrheitlich von Kurden bewohnten Grenzstadt Suruç in der Türkei trifft wie so häufig zahlreiche Unschuldige. Der Anschlag auf das Kulturzentrum, in dem Jugendliche u.a. aus Ankara und Istanbul zusammen gekommen waren, um ihre Pläne für den Wiederaufbau der Nachbarstadt Kobane zu präsentieren, wirft auch in der sonst sehr regierungsnahen Presse hohe Wellen. Zwar gehört in der Türkei Terror zum Alltag und damit verbunden auch der Eingriff in die Pressefreiheit aber dieses Mal waren auch durchaus kritische Töne aus Ankara zu vernehmen. Was bleibt einem auch übrig, wenn der eigene Innenminister

verkündet man gehe von einer Tat der IS aus. IS, eine in der Türkei immer noch nicht als Terrororganisation erklärte Miliz, die bis heute nicht verboten ist.

Fraglich ist weiterhin die Rolle Ankaras und der allein regierenden AKP. Die Unterstützung islamischer Kämpfer in Syrien gilt als nachgewiesen. Auch Waffen- und Munitionslieferungen (bis 2013) sind nur noch schwer von der Hand zu weisen und Grenzorte zu Syrien verkommen zu Rückzugsorten für islamische Gruppen.

Die Geister die die Türkei einst im Kampf u. a. gegen Assad rief und unterstützte scheinen sie so schnell nicht mehr los zu werden. Auch wenn man mit der IS einen gemeinsames Ziel teilt, die Absetzung Assads, scheint in den letzten Monaten ein Umdenken stattzufinden. Als Anfang Juli Soldaten an den Grenzen nach Syrien stationiert, in Istanbul Razzien gegen IS Anhänger durchgeführt und später mehrere Personen festgenommen wurden, erregte dies Aufmerksamkeit. Das passte so gar nicht in das bisherige Verhaltensmuster der Regierung in Ankara gegenüber der IS, wo man so lange die Augen vor dem Problem verschlossen hatte.

**Julia Hoppe**  
Sekretärin der Schweizerischen Friedensbewegung SFB



Kurdinnen an Kundgebung nach dem Anschlag von Suruç. Foto Egitim Sin



## Die Vier Neins der extremen Rechten

## Neinsager aller Länder...

Vier Neins einen in Europa die extreme Rechte. In allen EU-Ländern lehnt sie die Europäische Union ab, verwehrt sich gegen eine «multikulturelle Gesellschaft», befürchtet eine «Einwanderung in die Sozialsysteme» und warnt vor einer «Islamisierung Europas». Es sind auch die vier Neins der SVP.

## Von Andreas Speit

(...) [Dem Stimmenzuwachs an der Europawahl von 2014 sahen] der Parteivorsitzende der »Partij voor de Vrijheid« («Partei für die Freiheit», PVV), Geert Wilders, und die FN-Vorsitzende, Marine Le Pen, zuversichtlich entgegen. Bereits knapp ein Jahr vor der Europawahl am 25. Mai 2014 erklärten die beiden eine «Faust gegen Europa» zu schmieden. Scherzend sassen sie im November 2013 im Sitzungssaal des niederländischen Parlaments zusammen. Bei dem Treffen in Den Haag warben sie für das Bündnis im Europäischen Parlament gegen das Europäische Parlament. «Damit beginnt die Befreiung von der Elite des alten Europas, dem Monster in Brüssel», sagte Wilders. Eine gängige Botschaft der radikalen Rechten: die da in Brüssel machen mit einem überbelegten Verwaltungsapparat Politik gegen die «einfachen Leute», das «eigene Volk». «Wir wollen mit anderen patriotischen Gruppen in Europa eine Dynamik schaffen», sagte Le Pen und betonte, Ziel sei es, ein System zu beenden, das die «Völker Europas in die Sklaverei getrieben hat».

## Die vier Neins

Dieses eine Nein ist eines von insgesamt vier, die die extremen Rechten europaweit gemeinsam haben. In allen EU-Ländern lehnen sie die Europäische Union ab, verwehren sich gegen eine multikulturelle Gesellschaft, befürchten eine «Einwanderung in die Sozialsysteme» und warnen vor einer «Islamisierung Europas». Vor vier Jahren, im Jahr 2010, legte Andreas Mölzer auf dem Jahreskongress der «Gesellschaft für freie Publizistik e. V.» zehn Thesen zur EU dar; sie skizzieren die Kritik dieses Spektrums bis heute. Der FPÖ-Europaabgeordnete mahnt an, dass die EU zu einem «zentralistischen Bundesstaat» werde, zur «politisch-korrekten Gesinnungs-Despotie», mit einer «Regelungswut». Diese «Europäisierung» gefährde die «nationalen Identitäten» der «einzelnen europäischen Nationen und Völ-

ker». Die «Massenzuwanderung», insbesondere aus der «islamischen Welt», so Mölzer, sei zudem äusserst gefährlich für die europäischen Staaten, da durch sie die Sozialsysteme zusammenbrechen und Parallelgesellschaften entstünden. (...)

## Applaus für die Schweiz

Nicht gelassen, viel mehr begeistert reagierte Wilders und Le Pen auf die Volksabstimmung in der Schweiz gegen Einwanderung. «Was die Schweizer können», twitterte Wilders, «das können wir auch» und fuhr knapp fort: «Immigration stoppen und raus aus der EU! Quoten für die Migranten. Phantastisch!». «Ich wünschte, wir würden den Schweizern folgen», sagte Le Pen dem Radiosender «Europe 1». «Die Franzosen», meinte sie, würden noch deutlicher als das kleine Nachbarland «für einen Stopp der Massimmigration votieren». In Deutschland begrüsst auch die NPD um den neuen Bundesvorsitzenden Udo Pastörs das knappe Ergebnis der von der «Schweizerischen Volkspartei» (SVP) initiierten Abstimmung. «Ausländer stopp – in der Schweiz jetzt offiziell», titelte Karl Richter, NPD-Bundesvize, am 9. Februar [2014] auf der Bundes-Website und forderte: «Basisdemokratie auch in Deutschland stärken – Ausländerstopp auch in der Bundesrepublik!».

## Das «demokratische Paradoxon»

Die Argumentationen offenbaren die Intentionen. Die Abstimmung in der Schweiz nutzt die extreme Rechte nicht nur, um ihre Position gegen Einwanderung als «Stimmung des Volkes» wider der «Politik der Parteien» darzustellen. Sie bedienen sich ihr auch, um sich als die «wahren VolksvertreterInnen» zu gerieren, die sich mit demokratischen Mitteln für die Menschen einsetzen und den anderen Parteien entgegen stellen, die den «wahren Volkswillen» nicht zulassen wollen. Die Politikform des Europäischen Parlaments kommt ihnen dabei entgegen. Denn die europäischen Ar-

beitsabläufe verdichten ein, wie die Politologin Margaret Canovan sagte, «demokratisches Paradoxon». Die Komplexität der Probleme bedingt, dass die PolitikerInnen sie inklusiver, konsensueller und outputlastiger angehen. Gleichzeitig fühlen sich die Menschen jedoch immer weniger einbezogen, erkennen kaum noch Unterschiede zwischen den Parteien und empfinden die politischen Prozesse als undurchschaubar. Im Plenarsaal in Strassburg wird die Arbeitsweise der PolitikerInnen oft nicht sichtbar, weil sie einfach nicht zu sehen sind. Überrascht schauen BesucherInnen bei Sitzungen in Strassburg auf die freien Abgeordnetensessel. Der runde Plenarraum wirkt bei Sitzungen leer, da nur einzelne Europaabgeordnete kurze Reden halten, Berichte ausführen und schnell andere Abgeordnete erwidern. «Bitte lassen sie sich nicht täuschen», sagen dann die MitarbeiterInnen zu den Gästen. Im Europäischen Parlament bestimmten Fraktionssitzungen und ExpertInnenrunden den politischen Alltag. «Die Abgeordneten, die jetzt nicht im Plenarsaal sind, sitzen in Ausschüssen, Treffen und Kreisen, um politische Entscheidungen zu entwickeln und zu treffen», erklären sie den BesucherInnenengruppen. Bei grossen Debatten mit wichtigen Abstimmungen seien sie da. Auf der Gästetribüne ist schwer einzuschätzen, ob die BesucherInnen dieser Argumentation folgen. Die populistische Rhetorik der EU-feindlichen Stimmung an den Stammtischen und in den Hörsälen erhält indes stetige politische Resonanz – Tendenz steigend.

## Die rechte Mitte

In der «Mitte der Gesellschaft» der EU-Staaten nehmen rechte Ressentiments zu. Kein europäisches Land, ob West oder Ost, ob Nord oder Süd, in denen nur die extreme Rechte über Antidiskriminierungsregelungen und Gender-Mainstreaming schimpft und Zuwanderung und «Islamisierung» verneint. «Die unsicheren Zeiten zeigen hier ein nationales Gesicht», warnt Ulrich Beck. Der Hass auf die «Anderen», auf AusländerInnen, Jüdinnen, Juden und Muslime, wächst, sagt der Soziologe.

Eine Forschungsgruppe des Projektes «Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit» an der Universität Bielefeld erhob in acht europäischen Ländern eine repräsentative Umfrage: den Niederlanden, Grossbritannien, Frankreich, Deutschland, Italien, Portugal, Polen und Ungarn. In der Studie war sich rund die Hälfte der Befragten einig, dass es in ihren Ländern zu viele ZuwanderInnen gebe, schreiben Andreas Zick, Beate Küpper und Andreas Hövermann in der 2011 veröffentlichten Untersuchung «Die Abwertung der Anderen». Rund die Hälfte verurteilt ausserdem den «Islam pauschal als Religion der Intoleranz». Die Ablehnung gleicher Rechte für Homosexuelle variiert hingegen stark: In den Niederlanden lehnen 17 Prozent und in Polen 88 Prozent der Befragten die Gleichstellung ab. Auch bei der Anfeindung von Menschen jüdischen Glaubens besteht einen grosse Spanne. «Juden versuchen heute, Vorteile daraus zu ziehen, dass sie während der Nazi-Zeit die Opfer gewesen sind», denken in Grossbritannien 21,8 Prozent und in Ungarn 68,1 Prozent.

## Kaum ein Ja

Die Stimmungsschwankungen in den Ländern spiegeln sich in den Parteien wider. In seinem Strassburger Büro betont Andreas Mölzer (FPÖ): «Ich bin kein Europakritiker, sondern ein EU-Kritiker». AnhängerInnen der

«Jobbik» seien jedoch «wirkliche Antieuropäer», sagt er und fügt hinzu: «Im Osten sind schon auch Obskuranten und Narren bei den verschiedenen nationalen Bewegungen». Am 13. Februar 2014 warf am Ende seiner Rede Tamás Gaudie-Nagy von der «Jobbik» eine im ungarischen Parlament angebrachte EU-Fahne aus dem Fenster. «Symbole des Kolonialismus» hätten im Parlament «nichts verloren» sagte er. Die vier Neins der Gemeinsamkeiten können die Unterschiede nicht ausblenden: Die FPÖ will ein «geeintes Europa das das Fortbestehen und die Weiterentwicklung der historisch gewachsenen Völker Europas gewährleistet und auf der geistigen Grundlage des christlichen Abendlandes steht». «Jobbik» dagegen fordert, dass Ungarn einen Status wie die Schweiz anstreben solle. Auf ein gemeinsames Europa-Konzept hat sich die extreme Rechte nie einigen können. Nur im Nein sind sie vereint. Die Rhetorik und die Aktionen von «Jobbik» um deren Partei-Chef Gabor Vona gegen das «Weltjudentum» und die «Zigeunerkriminalität» irritiert zudem einzelne Rechte. Mi-

litante Aktionen und extrem-radikale Rhetorik meiden Wilders und Le Pen. Moderat und «patriotisch» möchten sie erscheinen. (...) Nicht verbittert erklärt Márton Gyöngyösi: «In vielen Dingen stimmen unsere Standpunkte wohl nicht überein, in jedem Land hat die radikale Bewegung offensichtlich ihr eigenes, spezifisches Programm». Ungeachtet dessen betont er im ungarischen Parlament ein gemeinsames Ziel: «Alle Bewegungen und Parteien, die der EU kritisch gegenüberstehen, sollten sich konsolidieren». (...)

## Rechtsruck in der EU?

«Wenn die Zeiten insgesamt härter werden», erklären Küpper und Zick, scheint die «Kapazität der Toleranz zu schrumpfen, [...] sodass bisher verdeckte und versteckte Feindseligkeiten offen zutage treten können». Nicht zuletzt würden «Sündenböcke» gesucht. Schon allein die Angst vor dem sozialen Abstieg verstärkte diese Einstellungen. Schlechte Nachrichten für eine offene, pluralistische Gesellschaft, gute für die extreme Rechte. (Aus «der rechte rand», 147/2014. gekürzt)

## Mauern statt Solidarität

## Disconnect Conex 15

Vom 16. – 25. September 2015 führt die Territorialregion 2 in der Nordwestschweiz und am Jurasüdfuss mit rund 5000 Armeeangehörigen die Truppenübung «CONEX 15» durch. Die Übung trifft auf Widerstand.

## Von Martin Schwander

«In einem fiktiven Europa der Zukunft, mit neuen Ländern und Grenzen, herrscht Wirtschaftskrise.» Die Folgen davon, so das Szenario der Übung, wirkten sich auch auf die Schweiz aus: «Verknappung der Vorräte, Schwarzhandel, kriminelle Organisationen. Grosse Öl-, Gas- und Getreidevorräte werden zum Ziel von Sabotagen und Plünderungen. Ausserdem führen ethnische Spannungen zu grösseren Flüchtlingsströmen in die Schweiz.»

Da muss die Armee her: Zur Unterstützung der Ordnungskräfte im Innern, vor allem aber auch zur Abwehr der Flüchtlinge an der Grenze.

## Armee hautnah am Weltfriedenstag

So wird an der Conex 15 denn auch in erster Linie Abwehr und Unterdrückung geübt. Und geballt Propaganda: An einer Ausstellung in Muttenz kann die Armee «hautnah» erlebt und ein grosses Defilee entlang der «General-Guisan-Strasse» – welche schöne Referenz an den Zweiten Weltkrieg, wo sich die Schweiz in der Abwehr von Flüchtlingen ja schon einmal ausgezeichnet hat –, durch das Städtchen Zofingen soll zum «krönenden Abschluss» der Übung werden. An die erwähnte Ausstellung werden übrigens ganze Schulklassen gekarrt: Und zwar sinnigerweise am 21. September, dem UNO-Weltfriedenstag...

Gegen Conex 15 regt sich vorab linksautonomer Widerstand. In Basel sind bereits zwei Kundgebungen angesagt «Wenn die Mächtigen sich bedroht fühlen, bedienen sie sich der Armee, zur Sicherung des Status quo», heisst es im Aufruf zur Kundgebung vom 19. September (Barfüsserplatz, 14 Uhr), der auch an die Geschichte erinnert: An den Generalstreik 1919 etwa, der «mit der Armee niedergehalten wurde». So werde es wieder geschehen, wenn die Verhältnisse ins Wanken gerieten. «Wir tun deshalb gut daran, uns bereits hier und jetzt entschlossen gegen die Militarisierung der inneren Sicherheit zu wehren. Das Militär hat in unseren Leben, in unseren Städten nichts zu suchen.»

Zu einer «Demonstration gegen Militarisierung, Ausschaffungen, Na-

tionen und Grenzen» ruft ein weiteres Komitee für den 18. September um 19 Uhr auf den Claraplatz. Im Europa der Gegenwart, wie auch in der Schweiz, würden die Grenzen schon heute militarisieren, heisst es im entsprechenden Manifest. «MigrantInnen, die vor Krieg, Unterdrückung und Elend fliehen, um in Europa nach einem besseren Leben zu suchen, treffen auf befestigte Grenzschutzanlagen, werden mit Flugzeugen, Drohnen, Schiffen und Satellitenüberwachung daran gehindert, die Grenzen zu überqueren. Dies ist umso grotesker, wenn man sich ansieht, wie die europäischen Staaten an der Ausbeutung und «Destabilisierung» anderer Länder beteiligt sind.»

Wie sagte doch kürzlich der UNO-Hochkommissar für Flüchtlinge, Antonio Guterres? Das Flüchtlingsproblem wird nicht durch Mauern gelöst sondern durch Solidarität. Aber das zu üben ist wesentlich schwieriger.

## SFB-Veranstaltung zum UNO-Weltfriedenstag

Überall in Europa machen sich lauthals rechtspopulistische Bewegungen und Parteien bemerkbar und scheuen sich nicht, bei Bedarf auf faschistische Methoden und Inhalte zurück zu greifen.

Und in der Schweiz? Die grösste rechtspopulistische Kraft in unserem Land ist die SVP. Wie ist sie in diesem Spektrum einzuschätzen? Beat Schneider hat dazu eine dezidierte Meinung.

Referent Beat Schneider ist emeritierter Professor für Kultur- und Kunstgeschichte an der Hochschule der Künste Bern HKB. Geboren ist er 1946 und hat an den Universitäten Basel, Mainz und Heidelberg Philosophie, Theologie und Kunstgeschichte studiert. Promotion in Basel. Er ist verheiratet und Vater von drei Söhnen. Einige Publikationen: «Penthesilea. Die andere Kultur- und Kunstgeschichte / Sozialgeschichtlich und patriarchatskritisch» (1999); «Design – Eine Einführung. Entwurf im sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Kontext» (2005 und 2009); «Geheimnisvolles Kreta – Erste Hochkultur Europas» (2013).

Schneider ist profunder Kenner der bronzezeitlichen minoischen Kultur



und Kunst und forscht seit Jahren in diesem Bereich. Politisch ist Schneider ein 68er und als solcher Gründungsmitglied der ehemaligen POCH. Für diese Partei war er während 12 Jahren im bernischen Grossen Rat und im Stadtrat der Gemeinde Bern.

Samstag, 19. September 2015  
18.00 Uhr, Galeriesaal Volkshaus  
Rebgasse 12 – 14, Basel



## Frieden und Brot

In der letzten UW veröffentlichten wir einen Aufruf der Kubanischen Friedensbewegung zur Teilnahme an einem Plakat-Wettbewerb unter dem Motto «Eine friedliche Welt ist möglich». Sämtliche eingesandten Werke werden im November in Guantánamo ausgestellt und drei davon durch eine Jury prämiert.

Mindestens eine der Einsendungen stammt aus der Schweiz (siehe oben): die Autorin, Regina Lehmann, hat uns eine Kopie zugestellt.





# Unsere Welt



Ausschnitt aus Picassos «Krieg in Korea»

## 70 Jahre Krieg gegen Korea

# Scham und Abscheu

Der 1969 geborene US-Aktivist und Betreiber des Blogs WarIsACrime.org, David Swanson, schreibt über einen «vergessenen» Krieg, der nie bekannt war und auch nie aufgehört hat.

Von David Swanson

Nachdem am 9. August der Zerstörung Nagasakis und der Ermordung Michal Browns durch die Polizei in Ferguson gedacht wird, steht für die Amerikaner zur Auswahl, wessen sie am 10. August gedenken sollen. Ich neige dazu, den 10. August formell als Golf von Tonkin-Kriegsbetrugstag anzuerkennen. Ganz sicher bin ich mir allerdings nicht, weil es ein anderes Ereignis gibt, das noch mehr der Erinnerung bedarf.

Es war am Tag nach dem tödlichen Schlag gegen Nagasaki vor 70 Jahren, als die Sieger des überwältigendsten Kriegs aller Zeiten beschlossen, eine Trennung Koreas am 38. Breitengrad einzuführen – eine Linie, die sich als heilig herausstellte, als sie später von nordkoreanischen Soldaten überschritten wurde, aber als «imaginär» abgetan wurde, als Soldaten der Vereinigten Staaten von Amerika sie überschritten, als sie auf dem Weg in den Norden waren.

Der Krieg gegen Korea war im Verhältnis zum Zweiten Weltkrieg das, was die Anthrax-Briefe im Verhältnis zu 9/11 waren – ohne ihn hätte Vernunft eine reale Chance gehabt, der Militarismus hatte drastisch an Bedeutung verloren, bis der Krieg gegen Korea den Vorwand für die Wirtschaft des permanenten imperialen Kriegs schuf, aber kaum jemand erinnert sich auch nur daran, was geschah. Sogar Dean Acheson, der die Sanktionen gegen Japan verhängt hatte, die zu Pearl Harbor führten und dessen Entscheidung es war, einen grauenvollen Krieg gegen Korea zu führen, ist so gut wie unbekannt. Das ist teilweise dadurch bedingt, dass der Krieg mit dem McCarthyismus zusammenfiel,

und nur wenige es in dieser Zeit wagen, die Wahrheit über ihn auszusprechen. Und teilweise dadurch, dass die Erinnerung daran in erster Linie Scham und Abscheu mit sich bringt.

Vor dem Krieg gab es die Besetzung des Südens durch die Vereinigten Staaten von Amerika, die Unterdrückung der Linken, die Massaker an den Menschen durch die Vereinigten Staaten von Amerika und Südkorea, darunter das Massaker an 30.000 bis 60.000 Menschen auf der Insel Jeju, wo Südkorea derzeit eine grosse neue Basis für die Marine der Vereinigten Staaten von Amerika baut. Dann kam die Aggression aus dem Süden, darunter ein Jahr lang Überfälle über den heiligen 38. Breitengrad hinweg, und die vom Süden bekundete Absicht, in den Norden einzumarschieren.

Als der Norden in den Süden einmarschierte, beschuldigten die Vereinigten Staaten von Amerika fälschlicherweise die Sowjetunion und logen eine Koalition der Willigen zusammen, indem sie behaupteten, sie hätten russische Soldaten gefangen. Sobald der General der Vereinigten Staaten von Amerika Douglas MacArthur die Gelegenheit dazu bekam, marschierte er mit der Zustimmung Präsident Trumans über den 38. Breitengrad und bis zur chinesischen Grenze. MacArthur hatte nach Krieg mit China gelehrt und diesen angedroht, und um die Genehmigung des Angriffs ersucht, die der vereinigte Generalstab verweigerte. Letztendlich feuerte Truman MacArthur. Der Angriff auf ein Kraftwerk in Nordkorea, das China versorgte, und die Bombardierung einer Grenzstadt kamen den Wünschen McArthurs am ehesten nahe. Aber die Bedrohung Chinas durch die Vereinigten Staaten von Amerika

## Zeitung der Schweizerischen Friedensbewegung (SFB)

### Impressum

Herausgeber: Schweizerische Friedensbewegung SFB, Postfach 2113, CH-4001 Basel  
Verantwortlich für Herausgabe: Martin Schwander  
Redaktion: Franziska Genitsch, Julia Hoppe, Jonas Jäggi, Toni Mächtlinger, Ruedi Moser, Martin Schwander, Louise Stebler, Yannick van den Berg, Samuel Wanitsch  
Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

«Unsere Welt» erscheint viermal jährlich.

Auflage: 3 000

Mail: sfb@bluewin.ch Telefon: 061/681 03 63 Fax: 061/681 76 32  
Abonnementspreis: mindestens 12 Franken. PC: 40-1627-7

Satz/Layout: ComTex, 3414 Oberburg  
Druck: Bubenberg Druck- und Verlags AG, Bern

### Mithelfen

«Unsere Welt» erscheint seit 1978. Dies, weil die Freundinnen und Freunde der UW mit Spenden es ermöglichen und weil viele Helferinnen und Helfer bei der Verbreitung mitmachen.

### Wie kann ich helfen?

Indem Sie den Einzahlungsschein benützen und/oder einen Bund Zeitungen bestellen und an Ihrem Ort an Versammlungen oder in die Briefkästen verteilen. Benützen Sie dazu den Talon auf Seite 5. Herzlichen Dank!

oder zumindest die Drohung der Vereinigten Staaten von Amerika, Korea zu verteidigen, brachte die Chinesen und Russen in den Krieg.

Im Verlauf dieses Kriegs bombardierten die Vereinigten Staaten von Amerika so gut wie jede Stadt und jeden grösseren Ort im Norden und viele im Süden flach – drei Jahre Flächenbombardements ohne Bedenken in Hinblick auf zivile Opfer, und die Bombardierung von Dämmen, um die Bevölkerung zu überfluten und auszuhungern. Dörfer wurden mit Brandbomben und mit Napalm beworfen. Ein Reporter der New York Times beschrieb ein Dorf, in dem alle an Ort und Stelle erstarrt waren, unmittelbar aus dem Leben gerissen wie in Pompei, aber lebendig verbrannt mit Napalm. Wir haben Vietnam als den Napalmkrieg in Erinnerung, aber in Korea war es noch viel ärger. Soldaten der Vereinigten Staaten von Amerika und Südkoreas metzelten auf dem Boden Zivilisten nieder. Der Norden beging auch viele Gewalttaten, aber für die wirklich grossen Gräueltaten waren, soweit wir das wissen, die Vereinigten Staaten von Amerika verantwortlich. Die UNO-Konvention gegen Völkermord wurde geschaffen, während die Vereinigten Staaten von Amerika voll mit diesem Verbrechen gegen Menschen beschäftigt waren, die die amerikanischen Soldaten so gut wie immer «Gooks» nannten. Im eigenen Land erfuhr die Öffentlichkeit wenig über den Krieg, brachte es aber immerhin zusammen, ihn zu verachten. Trumans Zustimmungsqoten sanken auf einen Tiefpunkt, der erst von Präsident George W. Bush unterstritten wurde.

Der nie bekannte «vergessene» Krieg kostete Korea zwei Millionen getötete Zivilisten und die Vereinigten Staaten von Amerika 37 000 Soldaten, und verwandelte Seoul und Pjöngjang in Trümmerhaufen. Viele der Toten waren kaltblütig aus nächster Entfernung getötet worden, obwohl sie unbewaffnet waren. Die Grenze war noch genau dort, wo sie vor Beginn des Kriegs gewesen war, aber der Hass über diese Grenze hinweg nahm stark zu. Nachdem der Krieg beendet war und für niemanden gutes gebracht hatte ausser für die Waffenproduzenten, «tauchten die Menschen auf aus einer maulwurfgleichen Existenz in Tunnels und Höhlen, und fanden einen Alptraum in der Helligkeit des Tages.»

Formell wurde nie Frieden geschlossen. Offiziell dauert der Krieg bis zum jetzigen Zeitpunkt an. Die Vereinigten Staaten von Amerika zogen nie aus dem Süden ab, liessen das Land geteilt wie vor dem Krieg, gaben nie das Kommando über das südkoreanische Militär auf, hörten nie auf, den Norden zu bedrohen und zu provozieren. Die jüngste Grundsatz-erklärung des Pentagons führt Nordkorea als eines von vier Ländern auf, das zwar zugegebenermassen kein Interesse hat, gegen die Vereinigten Staaten von Amerika zu kämpfen, aber nichtsdestotrotz ein «Sicherheitsrisiko» darstellt.

Die Menschen in Korea brauchen keine «Hilfe» mehr. Genug ist genug. Lasst sie nach 70 Jahren endlich in Ruhe!

Quelle: antikrieg.com

## Traum vom Frieden

Von Fidel Castro

Da das Territorium der Vereinigten Staaten und ihre Industrien von dem [2. Welt-]Krieg nicht in Mitleidenschaft gezogen waren, wurden die USA, angesichts einer Welt der Zerstörung, voll von Toten, Verletzten und Hungernden, zum reichsten und am besten bewaffneten Land der Erde. (...) Heute schätzt man die Goldwährungsreserven dieses Landes auf insgesamt 8 133,5 Tonnen Tonnen. Trotzdem haben die Vereinigten Staaten die in Bretton Woods unterschriebenen Vereinbarungen in Stücke zerrissen und einseitig erklärt, dass sie sich nicht länger dazu verpflichten, ihre Papierwährung durch die Feinunze Gold zu stützen.

Diese von Nixon angeordnete Massnahme verletzte alle von Präsident Franklin Delano Roosevelt eingegangenen Verpflichtungen. Nach Meinung einer hohen Anzahl von Experten auf diesem Gebiet schufen sie so die Grundlage für eine Krise, die neben anderen Unglücken droht, dem Wirtschaftsmodell des Landes einen schweren Schlag zu versetzen.

Währenddessen schuldet man Kuba Ausgleichssummen für Schäden, die sich auf viele Millionen Dollar belaufen, wie unser Land mit unwiderlegbaren Argumenten und Daten in allen

seinen Beiträgen in den Vereinten Nationen vorgebracht hat.

Wie von der Partei und der Regierung Kubas deutlich herausgestellt wurde, werden wir als Zeichen des guten Willens und des Friedens zwischen allen Ländern dieser Hemisphäre und der Gesamtheit der Völker, die in der Menschheitsfamilie vereint sind, dazu beitragen, das Überleben unserer Gattung auf dem bescheidenen Raum, der uns innerhalb des Universums zusteht, zu gewährleisten und nie nachlassen, für den Frieden und das Wohlergehen aller Menschen zu kämpfen, unabhängig von ihrer Hautfarbe oder dem Land ihrer Herkunft, sowie für das uneingeschränkte Recht aller, einen religiösen Glauben zu haben oder keinen religiösen Glauben zu haben.

Die Gleichheit aller Bürger bei ihrem Anspruch auf Gesundheit, Bildung, Arbeit, Ernährung, Sicherheit, Kultur, Wissenschaft und Wohlergehen, d.h. die gleichen Rechte, die wir proklamierten, als wir mit unserem Kampf begannen, zusätzlich zu denen, die aus unseren Träumen entstehen, wie Gerechtigkeit und Gleichheit für alle Bewohner unserer Welt, das ist das, was ich allen wünsche. (...)

(Leicht gekürzter Beitrag von Fidel Castro in der Zeitung Granma vom 13. August 2015, anlässlich seines 88. Geburtstages)

**Aleida Godínez und Alicia Zamora,  
zwei ehemalige kubanische Agentinnen,  
erzählen von der Subversion gegen ihre Insel.**

Am 17. Dezember 2014 kündeten Raúl Castro und Barack Obama der Weltöffentlichkeit die Wiederaufnahme der offiziellen Beziehungen zwischen Kuba und den USA an. Seit dem 20. Juli dieses Jahres wehen die Flaggen der beiden Länder nach 54 Jahren wieder über ihren jeweiligen Botschaften in Washington und Havanna. Ist dies das Ende der Unterwanderungsversuche und konterrevolutionären Aktivitäten der USA gegen Kuba, die seit 1959 mehr als 3000 Todesopfer gefordert haben?

Aleida Godínez und Alicia Zamora berichten über ihre damalige Arbeit als Agentinnen, die im Auftrag Kubas konterrevolutionäre Gruppierungen infiltrierten, und geben eine Einschätzung der aktuellen Entwicklung.

Samstag, 12. September 2015, 19 Uhr  
Brasserie Lorraine  
Quartierstrasse 17, Bern



Vereinigung Schweiz-Kuba  
www.cuba-si.ch  
Sektion Bern

### Weitere Termine:

14. September in Solothurn, Restaurant Kreuz, 20:30h  
17. September in Fribourg, Hôpital des Bourgeois, 18:00h  
19. September in Bellinzona  
21. September in Basel, Unternehmen Mitte, 19:00h  
24. September in Genf, Maison des Associations, 19:00h  
26. September in Zürich, Punto di Incontro, 19:00h